

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

74 (31.3.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.—A. einschließlich 80 A. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in 2. Laagen 4.80 A.; durch die Post bezogen 4.50 — ohne Ausgabe- u. Postgebühren monatlich Einzelrempel 26 A.

Ausgabe: Perltags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451.

Anzeigen: Die 10spaltige Kolonetzelle 1.—A. Die 8spaltige 1.50 A.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Vorgänge in Ungarn

Zur Reise des Kaisers Karl nach Budapest
 Wien, 30. März. Das Erscheinen des Kaisers Karl in Ungarn erregt hier großes Aufsehen aber keine Beunruhigung. Die Mehrzahl der Blätter betont, daß der Kaiser nicht berufen war, als er sich zu diesem Schritt entschloß. Wenn Ungarn auch in seiner Mehrheit monarchistisch sei und Karl als seinen legitimen König anerkenne, so hätte doch seine Rückkehr nur im Einvernehmen mit den Regierungskollegen in Budapest vor sich gehen sollen.

Wien, 30. März. In einer gestern abgehaltenen Konferenz hat den Blättern zufolge die Partei der kleinen Landwirte in Budapest den Beschluß gefaßt: eine energische Aktion gegen die Rückkehr des Kaisers Karl nach Ungarn einzuleiten und in schärfster Opposition gegen die Regierung Teleki, dem man Kenntnis des Vorhabens zur Last legt, zu treten.

Bern, 30. März. Der Berner „Bund“ beruht darauf, daß Kaiser Karl mehr als einmal den schweizerischen Behörden das Versprechen abgegeben habe, daß er sich in keine politischen Intrigen einlassen werde. Das Blatt bezeichnet ferner das Gerücht, daß bei der Reise auch das Flugzeug eine Rolle spielte und schreibt: Die Frage ist nun, ob die Schweiz ihn wieder einlassen wird. Will er wieder in die Schweiz hinein, so muß er die Anfrage stellen, wie jeder andere auch, der sich bei uns niederlassen will. Seine Rolle in der Schweiz dürfte ausgespielt sein.

Aufruf des internationalen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai

Paris, 30. März. Der internationale Gewerkschaftsbund erklärt aus Anlaß des 1. Mai eine Proklamation an die ganze Welt. Darin wird u. a. gesagt: Am 1. Mai d. J. müßten die Arbeiterkämpfe größerer Heftigkeit sein. Die Reaktion in allen Ländern wird immer härter. Das Vorgehen widersteht sich mit steigender Energie den gerechten Forderungen der Arbeiter. Die Arbeiterorganisationen seien von seiten der Regierungen Neidungen ausgeübt. Die Bemühungen der Vertreter der Großkapitalisten, die Regierungen unter ihre Vormundschaft zu bringen, werden immer härter. Man müßte sich erinnern an die Greuelthaten, denen die Kameraden in Irland, in Finnland, Spanien und den Vereinigten Staaten ausgesetzt seien. Man müsse sich ferner erinnern an den Widerstand, der sich in allen Ländern gegen die sozialen Forderungen geltend mache. Schließlich müßte der absolute Mangel an gutem Willen betont werden, wie ihn die Leiter des Völkerbundes zeigen, um die wirtschaftliche Wiedergesundung Europas herbeizuführen, dadurch, daß sie sich weigerten, das Beschäftigungsproblem zu lösen, daß sie sich weigerten, die Verteilung von Rohmaterialien für die Industrie zu organisieren. Durch diese Nachlässigkeit der Regierungen und der Kapitalisten werde sich die Arbeitslosigkeit immer mehr verschärfen und infolgedessen der schlechte Ernährungszustand in den Arbeiterfamilien sich bereichern. Die Bergleute in England, Frankreich, Belgien und Holland seien vielfach zum Feiern gezwungen, während die deutschen Bergarbeiter gezwungen werden, Leberzucker zu leisten. Ferner müßte an die Ermattung des Birgeriums aller Länder erinnert werden, das sich weigere, die Produktionsmittel zu organisieren. Die Arbeiter müßten sich deshalb zusammenschließen, die am 1. November auf dem letzten Kongreß in London aufgestellten Forderungen müßten durchgeführt werden, namentlich die Sozialisierung des Bodens und der Produktionsmittel, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und das Inkrafttreten der Abmachungen von Washington. Der 1. Mai müsse zur Propaganda für diese Forderungen dienen.

Französische Kapitalisten gegen die deutsche Arbeit beim Wiederaufbau

Paris, 30. März. Nach einer Habas-Meldung aus Lille hat der Bund der Vereinigung für den Bergbau des Nordens gegen die Teilnahme deutscher Arbeitskräfte sich ausgesprochen, da für die Wiederherstellung des Departements französische und im Notfall alliierte Arbeitskräfte genügend zur Verfügung ständen.

Preiserhöhungen für Steinkohle

Berlin, 30. März. In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates forderte das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat unter Hinweis auf den im Monat Januar gefaßten, aber infolge Versäumnisses nicht zur Durchführung gekommenen Beschluß, der eine

Preiserhöhung von 25 A. pro Tonne ab 1. Februar vorschlag, nunmehr eine

Preiserhöhung von 33 A. pro Tonne

Staatssekretär Dirckh vom Reichswirtschaftsministerium erklärte, die Preiserhöhung dürfe 18 A. pro Tonne nicht überschreiten. Bedingung der Genehmigung einer Preiserhöhung sei, daß der Bergbau ab 1. April außerdem eine Preiserhöhung von 5 A. pro Tonne Steinkohle und 2 1/2 A. pro Tonne Braunkohle-Syndikats und von 80 A. pro Tonne Rohbraunkohle vorschreibe, damit den Bergarbeitern auch weiterhin billige Lebensmittel zugeführt werden könne, nachdem die Entente ab 1. Februar die Zahlung von 5 A. in Gold pro Tonne Pflichtlieferung eingestellt habe. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat stellt unter Aufrechterhaltung der Berechtigung seiner Forderung den Antrag von einer Preiserhöhung von zusammen 23 A., von denen 5 A. pro Tonne in einem Lebensmittelbündel liegen sollen. Dieser Antrag fand gegen eine Stimme Annahme. Bewilligt wurde dann auch ein Antrag des Bezirks Niederrhein auf Preiserhöhung um 20 A. pro Tonne, ebenfalls eine Preiserhöhung des Kohlenpreises für das rheinische

Bavern. Auch das Rheinische Braunkohlensyndikat wird ab 1. April die Preise um 2 1/2 A. pro Tonne Weisheits und 80 A. pro Tonne Rohkohle zugunsten des Lebensmittelbundes erhöhen.

Der Protest der deutschen Zeitungsverleger

Hannover, 30. März. Die nach Hannover zusammenberufenen Zeitungsverleger und Delegierten aller Verlegerverbände (siehe auch Politische Nachrichten) haben einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

Die Versammlung hat mit Bestürzung und tiefer Besorgnis Kenntnis genommen von einer neuen, der Presse angebotenen unangenehm und völlig unerträglichen Belastung durch eine neuerliche Erhöhung des gewaltigen Papierpreises, die allein für sich eine weitere Verteuerung um das Fünf- und Sechsfache des Friedenspreises an Papier bedeutet. Weder die Presse, noch die Leser, noch die Interessenten können für jeden Wagen Zeitungspapier noch 10 bis 12 000 A. mehr aufrufen als bisher. Wird diese Absicht der Presse und dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben auferlegt, so muß sich in absehbarer Zeit ein Übergang der Presse vollziehen, der Tausende und Abertausende von Existenzen vernichten wird und schließlich auch eine große Arbeitslosigkeit im Zeitungsgewerbe nach sich ziehen wird. Die neue Forderung aber wird erhoben in dem Augenblick einer Papierüberproduktion der ganzen Welt und noch nie dagewesener Gewinn zahlreicher Papierfabriken. Für alle Folgen werden Regierung und Reichstag verantwortlich gemacht. Die deutschen Zeitungsverleger müssen Regierung und Reichstag verantwortlich machen für erzwungene Betriebsstörungen von Zeitungen und für alle Akte der Selbsthilfe, zu denen die deutsche Presse greifen muß, wenn die deutsche Regierung auch hier versagt.

Deutscher Protest gegen die Ausdehnung der Besetzung im Rheinland

Genf, 30. März. Die deutsche Regierung hat an den Völkerbund zu Genf ein Memorandum geschickt, in dem sie die Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf gegen die Truppen der alliierten Mächte protestiert und die Besetzung nach dem deutschen Willen, Speyer und Oberhausen-West. Nach den der deutschen Regierung zugekommenen Berichten über die Truppenbewegungen in diesem Gebiet scheint es in der Absicht der alliierten Mächte zu liegen, die Besetzung nach weiter auszu dehnen. Die deutsche Regierung protestiert gegen die Fortsetzung eines gegen jedes Recht und gegen jede Gerechtigkeit verstoßenden Verfahrens. Sie verlangt, daß die in den Artikeln 12-17 des Völkerbundes vorgesehene Verfahrensweise, dessen Anwendung sie schon nachsucht habe, auch auf die Maßnahmen der Alliierten angewandt werde.

Lenins Kapitulation vor den Bauern

Sankt Petersburg, 30. März. Das allrussische Revolutionäres Komitee erließ ein Gesetz, welches für die Landwirtschaft eine Naturalsteuer an Stelle der Zwangslieferungen einführt und den Bauern eine weitere Ermäßigung des Steuerbetrags verspricht. Strebende Wirte erhalten Vergünstigungen. Es wurde die Schaffung eines Bauernfonds für den staatlichen Kaufhandel mit den Bauern beschlossen. Zunächst wurden 15 Millionen Goldrubel zum Ankauf von Kaufsmitteln für den Nordkaufas bewilligt. Ein gleichzeitig erlassenes Gesetz über die Landorganisation bestimmt, daß die Umteilung des Gemeinbundes nur alle zehn Jahre gestattet ist und besteht die Aufhebung der Gemeindegrenzen und Abänderung des bäuerlichen Besitzes.

Der neue Beschluß über die Naturalsteuer gibt den Bauern das freie Verfügungsrecht über den nach Ablieferung der Steuer verbleibenden Rest ihrer Erzeugnisse. Die bisherige Gesamthaltung der Dörfergemeinden für die Ablieferungspflicht der einzelnen wird abgeschafft und die Naturalsteuer wird für jede einzelne Bauernwirtschaft individuell veranlagt werden, so daß der lächerlich und fleißig Bauer künftig nicht mehr für seinen trägen Nachbar zu haften haben wird. Der Ertrag stellt ausdrücklich fest, daß die Bauern ihre Erzeugnisse fortan nicht nur gegen Erzeugnisse der verstaatlichten Industrie oder staatliche Einfuhrwaren eintauschen, sondern auch durch Vermittlung der Genossenschaften und sogar im freien Handel auf den Märkten absetzen dürfen. Die Bauern werden aufgefordert, die Bodenbestellung möglichst zu erweitern, um die Vorteile der neuen Rechtsordnung voll auszunutzen zu können.

Langfing und Wilson

London, 30. März. Die „Times“ veröffentlicht den ersten mit großer Spannung erwarteten Artikel über das Buch Langfings „Die Friedensverhandlungen“. Darin wird Langfing dem Präsidenten Wilson vor, daß er die baldige Schaffung eines Völkerbundes nicht nur über den Abschluß des Friedens, sondern auch über die ewigen Grundzüge der Gerechtigkeit gefaßt habe, deren erklärter Abolot er war. Wilson habe nicht des Friedens wegen, sondern des Völkerbundesvertrages wegen der Anerkennung einer Vorherrschaft der Großmächte über die kleinen Nationen sowie eines Verteidigungsbündnisses mit Frankreich, dem Skandal der Geschäfte und den japanischen Ansprüchen auf Schantung zugestimmt. Langfing ist außerdem der Ansicht, daß die Gewährung der Zugeständnisse an Clemenceau, Lloyd George und Deland niemals erfolgt sein würde, wenn der Präsident nicht nach Frankreich gekommen wäre. Das sei eine große Sünde gewesen, aus der alle übrigen fatalen Folgen entsprungen seien. Langfing erklärt, er sei dem Diktator Wilson mit äußerstem Widerstreben gefolgt, da er gefürchtet habe, daß Wilsons Politik durch und durch falsch und unermesslich zu den Verlusten des Vereinten Reiches und ihres Präsidenten führen werde. Langfing erklärt, es erbeichte ihm, daß Wilson seine hervorragende Stellung in den Angelegenheiten der Welt gefehlt, wenn nicht zerrüttet habe, um die Annahme seines Planes für den Völkerbund zu erlangen, eines Planes, der in Theorie und in Einzelheiten so schwach war, daß es schwer sein würde, ihn erfolglos gegen irgend einen britischen Angriff zu verteidigen.

Die Probleme des Sieges

Den nachstehend wiedergegebenen Artikel lesen wir in der „Frankfurter Zeitung“. Er behandelt nach unserer Auffassung die Probleme des Sieges ebenso interessant wie zutreffend, sodaß wir glauben, ihn auch unseren Lesern übermitteln zu sollen:

In den grauen Zeiten der Helden und Halbgötter war es verhältnismäßig einfach, gewonnene Siege mit Genuß anzufestigen. Man denke sich den trojanischen Krieg. Als die Koalition der griechischen Fürsten die heilige Troja nach zehnjähriger Blockierung endlich eingenommen hatte, da erwiderte man sich zunächst an einem großen Morden und Brennen. Der Gesichtspunkt, daß es besser sei, die Ruh nicht zu schlachten, sondern zu melken, wurde nicht in die Debatte geworfen, weil die ökonomische Betrachtungsweise noch nicht erfunden war. Andernfalls würde sich vielleicht von Anfang an in Hellas eine Verständigungspartei politischer Klammacher erhoben und folgendes gejagt haben: Alle unsere kräftigen Männer zu einer äußerst langwierigen Unternehmung hinausenden, von der sehr viele nie wiederkehren, mittlerweile die Erzeugung gesunder Nachkommen auf Jahre hintanhaltend, die gesamte Volkswirtschaft auf drei Vierteln stilllegen, die letzte Kraft des Landes auspressen, um in der Ferne die Armeen erhalten zu können, und alles dies mit dem Kriegsziel, eine nicht mehr junge Dame von unklarem Rufe, obgleich noch immer vorteilhafter Erscheinung zur Wiederaufnahme des freiwillig unterbrochenen Familienlebens zu nötigen — ist keine Politik! Indessen, so triviale Gedanken fielen keinem ein, der mitzureden hatte, und auf die anderen, auf das gewöhnliche Volk, kam es ja durchaus nicht an. So schlug man denn, als alles vorbei war, die gefangenen Männer tot, brachte die Weiber auf die Schiffe, packte die Schmuckstücke und besseren Metallgeräte der Trojaner dazu und fuhr nach Hause. Von Troja blieb bloß ein Hügelhaufen übrig und eine Anzahl Kriegsgefangene, von deren Wiedergabe mit Mühe noch lange nachher eine freie Gewerkschaft herumziehender Vortragskünstler lebte, jener Poetenklub, den man „Homer“ nennt. Dies also war der echte und schöne Krieg: heldenhafte Einzelkämpfe, tragbare Siegesbeute und unendlicher Nachruhm im Munde der Dichter. Ein paar Jahrhunderte später fiel es selbst im zurückgebliebenen Europa, das damals der „wilde Westen“ der bekannten Welt war, nachdenklichen Leuten schon auf, wie geringen Vorteil die großen Eroberungen eigentlich den siegreichen Völkern bringen, wenn man nämlich auf das wirkliche Volk sieht. Und nachdem Rom die ganze bekannte Welt unterjocht hatte, wo war das italienische Volk geblieben, die alten eichenselten Bauernklämme der Latiner und Sabiner? In den Kriegen erloschen, der verschuldete Ueberrest aber nach dem Willen der herrschenden Klasse zum Untergang durch die mit schlechtesten Löhnen arbeitende Konkurrenz des Auslandes verdammt. Es begann nämlich nach dem Siege ein enormes dumping von billigen fremden Getreide und gleichzeitig von unermesslichen Herden asiatischer Sklaven — deren Kinder sich etwas später allen Grades als die „Quiriten“ anjahen. Zweitausend Jahre weiter, und die Wissenschaft vom Siege und seiner Ausnutzung hat noch immer keine merklichen Fortschritte gemacht. Wir haben gesehen, daß Englands ungeheure Eroberungen das Lebensglück seiner Massen wenig zu steigern vermochten. Man braucht gar nicht an den eigentlichen Imperalismus zu denken, der im seeherrschenden Britannien immer entsetzlich war, sondern an das Dasein der regelmäßig beschäftigten Lohnarbeiterklasse. In den Proletariatskriegen von Konstantinopel und Wales ist vom Glanze Indiens nie etwas zu bemerken gewesen. Der Weltkrieg hat wie alles andere, auch das Problem der Ausnützung des Triumphes noch schwieriger gemacht. Wie das mehrere Jahre vor der Katastrophe Herr Norman Angell klar vorausgesagt und bewiesen hatte.

Bei dem Bemühen, ihre Uebermacht so wirksam wie möglich auszunutzen, würden es die Alliierten wahrlich leicht haben, wenn in ihren eigenen Ländern keine demokratischen Verfassungen beständen. Einem siegreichen Parentum brauchte es nicht darauf anzukommen, eine Million rechtloser Mühsüßer jahrelang in Deutschland kampieren zu lassen. Der Barbarei des Krieges entbrände eine barbarische Staatsform. Die Weltmächte hingegen mögen unsere Freiheit noch so sehr misshaten, bei sich zu Hause werden sie so leicht sie nicht abschaffen können. Das Regiment, das der britische Imperalismus heute in Irland führt, kann er in England und Schottland doch nicht einführen und die Ausbeutung des deutschen Arbeiters bis zum Weißbrot misfällt den britischen Arbeitern von dem Augenblick an wo sie selbst durch die Menge der einströmenden Beute arbeitslos werden. Das Mittel, durch fremde Tribute ein Volk in seinen Millionen, nicht bloß in einer kleinen Oberhäufel glücklich zu machen, ist offenbar nicht leicht zu finden. Dazu das Rätsel der politischen Zukunft, das sich besonders für die Franzosen zu dem der wirtschaftlichen Auswertung des Sieges stellt. Als Wolfe nach 1870 sagte, Deutschland werde zur Verteidigung seiner Erfolge fünfzig Jahre lang gerüstet sein müssen, dachte er sich ein zwar geschlagenes, aber keineswegs zu Tode erschöpftes Frankreich und ein Europa, in dem außer den

beiden Kampfgegnern noch vier neutrale Großmächte waren, sodaß der Unterlegene mit vollem Grunde auf spätere Milderung hoffen konnte. Wie wäre zu Deutschlands Gunsten jetzt Mehrliches zu erwarten? Alle fünf großen Militärmächte, die in der Welt noch vorhanden sind, haben eben mit uns Krieg geführt und das deutsche Volk ist von allen seinen Verpflichtungen an das Ausland abgesehen, unergleichlich mehr entkräftet als das französische damals. Bangt man aber vor der ferneren Zeit, wo Deutschland sich erholt haben wird, so scheint man sich auch, das ganze Deutsche Reich als eine Kolonie zu behandeln und mit Truppen zu beleben; und wirklich, um ein von Paris aus regiertes Land zu werden, ist Deutschland etwas zu groß. Und wenn jetzt wieder die Neigung wächst, neue Teile unseres Landes abzuhängen, nach dem Rezept, daß man die kritische Welt nach Blatt verpeisen müsse, so kann das die Sicherheit auch nicht erhöhen, da in einer Zeit, die das Rationalgefühl als Religion und in weiten Kreisen ungeheurer als die einzige Religion ansetzt, es nicht mehr möglich ist, die abgetrennten Provinzen ihrer Sprache und Art zu entfremden. Die Polen sind viel länger als hundert Jahre ganz von fremder Herrschaft verschüttet gewesen. In den Provinzen Polen und Westpreußen wohnten bei der Annexion kulturlose arme Menschen, die kaum ein Nationalbewußtsein hatten. Im gut verwalteten preussischen Staat wurde der polnische Gedanke erst groß. Bei alledem hat Preußen zur Hebung seiner polnischen Gebiete viel getan und ungeheure Summen hineingesteckt, während man die besetzten Teile Deutschlands schwer besteuert, weil sonst die Entschädigungen für die Entente nicht zusammenkommen können. Die politische Absicht der Besetzung müßte doch wohl auf die innere Gewinnung dieser Gebiete gehen, die wirtschaftliche richtet sich auf Ausbeutung. Das Ganze ist ein Widerspruch in sich selbst.

Das meiste, was die Alliierten seit dem Ende des Krieges getan haben, leidet an diesem Widerspruch und ist zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Sie machen einen Völkerbund und stoßen ihn gleichzeitig in die Wüste hinaus. Sie können die Güternmenge, die sie aus Deutschland ziehen wollen, nicht hoch genug ansetzen und verbieten uns bei Strafe der Einziehung des halben Wertes, ihnen Güter zuzuführen. Sie wollen die Wiederkehr des deutschen Militarismus nicht und nehmen der schwachen deutschen Republik jede moralische Stütze weg. Was für ein Regime möchten sie eigentlich hierzulande haben? Herr Brand hat neulich die Deutschen ermahnt, sich gegen ihre wirtschaftlichen Beherrscher, die „großen Feudalherren“ der Industrie, der Finanzen, des Grundbesitzes aufzulehnen und sie mit ihrem ganzen Vermögen für Deutschlands Zahlungspflicht haftbar zu machen. „Das deutsche Volk muß verstehen, daß es in seinem Interesse liegt, daß die Deutschen, die Geld haben, für Deutschland zahlen, das kein Geld hat.“ Das klingt wie ein Aufruf, den Klassenkampf bei uns mit größter Energie zu betreiben; die Regierung der bürgerlichen Mittelparteien wird ja die großen Börsen schwerlich enteignen. Somit wünscht der erste Politiker eines Landes, in dem der Sozialismus so ohnmächtig ist wie in Frankreich, für Deutschland eine entschieden sozialistische Regierung, deren Lebenszweck es dann wäre, den deutschen Kapitalisten ihren Besitz wegzunehmen, nicht um das Einkommen der deutschen Proletarier zu vermehren, sondern um den Ertrag an die Entente auszuhändigen — auf deren Politik das Kapital doch wohl nicht gänzlich ohne Einfluß ist. Vor einem Jahre wäre derartiges noch nicht gesagt worden. Man hatte sich davor gescheut, in Deutschland Volk und Besitz gegeneinander auszuspielen, aus Furcht, die Parole könnte über die Grenze gehen. Inzwischen ist der Schrecken vor der Revolution viel geringer geworden. Man sieht das auch an der Politik gegenüber Ausland, die ebenfalls aus Widersprüchen besteht. Nachdem jahrelang mit Menschen und Milliarden gegen die Mutterregierung gekämpft wurde, nachdem eben erst ein von Frankreich begünstigter Versuch der russischen Sozialrevolutionäre, Petersburg zu erobern, blutig gescheitert ist, schließt England einen Handelsvertrag, der nichts anderes ist als die Anerkennung des kommunistischen Staates. Mitwirken wird die Absicht, sich von der bolschewistischen Agitation an den Rändern des britischen Reiches in Asien zu

befreien, aber dieser Grund kann nicht entscheidend sein, zumal jetzt, wo dieselbe englische Regierung dem kämpfenden Türken in Anatolien Zugeständnisse macht und dadurch die Spannung in Asien vermindert. Wichtiger für Herrn Lloyd George ist, daß, wenn der Rätestaat durch wirtschaftliche Erhöhung zusammenbricht, noch lange nicht Ordnung, sondern erst recht Anarchie an seine Stelle treten würde. Er partiiert also mit der Revolution, um eine schlimmere Revolution hinauszuzögern.

So drehen sich die Kreise und kommen nicht von der Stelle. Bringen sie es aber nicht fertig, dem europäischen Leben wieder haltbare Grundlagen zu schaffen, so haben wir Ursache, für unser Recht zu fürchten. Ihre Regierungen leben vom Chauvinismus, und der ist wie ein Nashorn, das mißlaunig und gereizt immer toller zuschlägt. Schadenfreude über die Verlegenheiten des Starren ist die dümmste Geistesverfassung, in der sich der Schwache befinden kann, wenn niemand stärker ist, der ihm hilft. Entschließen man sich endlich, mit dem Positiven, dem Wieder aufbau dessen, was zerstört worden ist, anzufangen, dann können wir weiter. Da man aber die Trümmer hartnäckig liegen läßt, um sich über die Höhe des Schadens und die Kostenaufbürdung weiter zu verfeinden, so ist der Vorsatz unbillig. „Unnützes Erinnern und vergeblicher Streit.“ Das ist, was von Europa übrig bleibt.

Scharfe Kritik des „Vorwärts“ an den kommunistischen Russen

Der „Vorwärts“ brandmarkt die sinnlose Putzaktion der Kommunisten, die Sachschaden anrichte, einige Familien in Angst und Trauer versetzt und dem Kapitalismus nicht in geringstem Schaden, während umso stärker der Haß wirken werde, der von den Leiden der schuldlosen Opfer ausgehe.

„Etwas anderes wird freilich durch die Attentatsfeste umso sicherer erreicht: Der kommunistische Putz sieht alles Verbrechergesinde in sein Gefolge, das in Deutschland lebt und webt. Die Bewegung verhandelt nicht, sie verführt und verführt. Die früheren kommunistischen Machenschaften sind jetzt wie sie wollten, sie waren immerhin noch Aktionen unter Führung von Politikern. Im Januarpuß 1919 gab es keine Dynamitattentate wie jetzt, aber gerade deswegen war die Bewegung gefährlicher. Die Führung der R.P.D. ist von den Politikern längst zu den Wirren und Tollkühnen gelangt, diesen wird sie entziehen durch die Elemente wie Max Götz, die das gemeine Verbrechen im Dienst der Politik billigen und selber daher hart an der Grenze des gemeinen Verbrechertums wandeln. Von ihnen bis zu den ganz gemeinen Verbrechern, die unter der Maske des Politikers ihre Haupttätigkeit betreiben, ist es dann nur noch ein Schritt. Auf die Benachteiligten in Sangerhausen und Mansfeld — wie die „Rote Fahne“ so schön sagte — folgt der gemeine Bankraub von Mettmann, bei dem die politische Maske nur noch Deckung des gemeinen Verbrechertums war. Es wird immer unfauler um die Kommunisten, immer stärker gehen die politischen Verbrechen ins Gemeine über. Das bloße Anstandsgefühl fordert, daß alle auf politische Keimlichkeit haltenden Elemente sich diesem Treiben fernhalten.“

Die Freude der bayerischen Reaktionäre an den kommunistischen Russen

Die kommunistischen Unruhen im Reichs erwecken in Bayern ganz besonderes Interesse. Der deutschnationalistische Teil der Einwohnerbevölkerung läßt sich in Schachmacherspiele gegen die Reichsregierung und die sozialdemokratischen Oberpräsidenten und meint, es werde noch soweit kommen, daß die Sicherheitswehr sich der roten Armee anschließen, und die „Zammerlappen“ des nichtmilitärischen Besatzungsregiments ihrerseits am Krangel nimm.“

Die „Bayerische Staatszeitung“ meint, daß, wenn Bayern bisher von Ereignissen, wie in Preußen, Sachsen ufm. verschont geblieben sei, es das wohl nicht zuletzt dem Selbsthau zu verdanken habe. Jetzt zeige sich, wie vorausschauend die Regierung gehandelt habe, als sie es sich angelegen sein ließ, mit Entschiedenheit für den Fortbestand des Reiches einzutreten.

zutreten. Es werde heute kaum noch jemand unternehmen wollen, diesen Selbsthau für unnötig zu erklären.

Wir sagten es gestern schon: die Reaktionäre können sich keine besseren Helfershelfer wünschen als unsere Kommunisten. Arbeiter! Wendet euch endlich energisch gegen die kommunistischen Schädlinge.

Schwere Gefahren für das Zeitungsgewerbe

Am Mittwoch sind in Hannover die deutschen Zeitungsgewerbetagungen zusammengetreten, um zu den neuen drohenden ungeheuerlichen Papierpreissteigerungen Stellung zu nehmen. Die „Frankfurter Bl.“ schreibt hierzu:

Der Druck der Druckpapierfabrikanten auf das Reichswirtschaftsministerium zur Erhöhung der Papierpreise scheint so hart zu sein, daß die Verleger, die im Kampf um den Papierpreis die wirtschaftlich Schwächeren sind, sich mit nicht gewöhnlichen Klammern an die Öffentlichkeit wenden. In der Tat, die Papierfabrikanten fordern nicht wenig; sie wollen eine anti-liche Festsetzung des Papierpreises auf 3,80 M das Altes, das sich die letzten fünf Monate auf etwa 2,00 M gestellt hat. Eine mittlere Zeitung, die monatlich 30 Waggons verbraucht, müßte bei einer solchen Heraufsetzung des Preises über 4 1/2 Millionen Mark mehr aufwenden als bisher. Und dementsprechend die großen und kleinen Zeitungen. Solche Summen glauben aber die Verleger auf keinen Fall, selbst durch Erhöhung der Abonnements- und Inseratengebühren aufbringen zu können. Und deshalb sprechen sie wohl mit Recht — so hart auch das Wort klingen mag — von einem Existenzkampf der Presse, der ihr durch die neuerliche Forderung der Papierfabrikanten ausgesetzt sei. Was ein Unterliegen der Presse, d. h. was eine Vernichtung der unabhängigen Zeitungsunternehmungen für die Gesamtheit bedeutet, braucht wohl nicht ausgeführt zu werden. Aber weil der Ausfall oder die Wundierung der unabhängigen Presse ganz allgemein als schwere Schädigung empfunden wird, muß die Frage gestellt werden, ob diese Erhöhung des Druckpapierpreises auch nur in entferntesten gerechtfertigt ist. Man hat die Zeitungsgewerbetagungen monopolisiert, und der Buchhändler, der Kartmann-Bücherei, hat dafür die Garantie übernommen, die Anstandspreise auf einer erträglichen Höhe zu belassen. Es sind Schmutzgeschichten und Durchschleichen in der Außenhandelsstelle vorgekommen, aber die paar hundert Waggons, die unterirdischerweise zur Ausfuhr kamen, können die Skatulation des Herrn Kartmann nicht über den Haufen geworfen haben. Freilich die unterirdischen Waren sind fangen nicht beim Papier, sondern beim Holz an; und hier sind es die Händler selbst, die beim Bucher mit an der Seite mordschießen. Immerhin heißt es im letzten Markfieberbericht: Die Preise für Papier- und Holz gehen zurück. Die Preisrückgänge machen sich aber, nicht nur beim Papier, langamer (deshalb auch garnicht) bemerkbar als bei Holz. Eher man deshalb an den Staat herantritt, und Verboten, Kartierermäßigung usw. verlangt, sollten die verantwortlichen Stellen die Papierpreis-erhöhung daraufhin prüfen, ob sie absolut notwendig sei.

Anarchie in der Ukraine

Die aus Helsingfors telegraphiert wird, haben die russischen Gegenrevolutionäre vor einigen Tagen Kiew besetzt. Das achte großrussische Heer ist zu den Gegenrevolutionären übergegangen, die eine demokratische weisrussische Republik ausgerufen haben. Aus Kiew wird gemeldet, daß dort erbitterte Kämpfe zwischen bolschewistischen Soldaten und Gegenrevolutionären ausgekämpft wurden. Die Stadt wird jetzt zum dritten Male von den Ukrainern belagert. Die eingeschlossenen Kommunisten üben einen furchtbaren Terror aus. In der Ukraine herrscht vollständige Anarchie. Die Aufrührer plündern und zünden die Städte an und es werden von sieben Stellen Pogrome berichtet. Die gegenbolschewistische Bewegung ist nicht allein im Süden Russlands, sondern auch in Westrußland, Sibirien und dem Ural im Zunehmen begriffen. Aus Wladivostok kommt die Meldung, daß antikbolschewistische Truppen mehrere Städte in Sibirien besetzt hätten und bis auf 13 Kilometer von Omsk vorgerückt wären.

Genossenschaftsbewegung

Der Verband süddeutscher Konsumvereine, der die genossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen von Baden, Hessen und der Pfalz umfasst, hält am 6. und 7. Mai d. J. im Kaffeehaus zum Kopf in Freiburg seinen 11. Verbandstag ab. Am 6. Mai findet in der Festhalle abends zu Ehren der Delegierten sowie zur Unterhaltung der Mitglieder des hiesigen Lebensbedürfnis- und Produktivereins ein größeres künstlerisches Konzert statt.

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert.

(Fortsetzung.)

„Erst am zweiten Abend, ganz spät, sah Léon Emma allein hinter dem Garten, auf dem Pfad am Fluße — wie bei anderen. Ein Gewitter ging nieder, und sie standen beim Schein der Blitze zusammen unter einem Schirm. Die Trennung schien ihnen beiden unerträglich zu sein.“

„Sterben wäre nicht so schlimm“, sagte Emma. Sie wand sich schluchzend in seinen Armen.“

„Aber! Adieu! Mann werde ich dich wiedersehen?“

Sie gingen ein Stückchen zurück, um sich noch einmal küssen zu können, und in diesem Augenblick versprach ihm Emma, Mittel und Wege zu finden, daß sie sich wenigstens jede Woche einmal ungehindert allein sehen könnten. Sie zweifelte nicht, daß ihr das gelingen werde. Auch sonst sah sie sehr hoffnungsvoll in die Zukunft. An Geld konnte es ihr jetzt ja auch nicht fehlen.“

Sie kaufte ein paar gelbe, breitgezeigte Vorhänge für ihr Schlafzimmer, deren Willigkeit ihr Heureka gerührt hatte. Sie träumte von einem Lepid, und Heureka, der fand, das wäre doch ein Ding der Unmöglichkeit, unterzog sich höchst der Mühe ihr einen zu besorgen. Bald konnte Emma seine Dienste gar nicht mehr entbehren; zwanzigmal im Tage ließ sie ihn rufen, und gebuldig wart er stets seine Arbeit hin und stellte sich ihr zur Verfügung, ohne ein einziges Mal ungeduldig mit der Wimper zu zucken. Man verstand übrigens auch nicht, warum die alte Kallot jeden Tag bei Bovarys Speise und oft von Emma allein empfangen wurde.“

Um diese Zeit, gegen Anfang des Winters also, wurde Emma plötzlich von einem großen Eifer für die Musik befallen. Eines Abends, als Karl ihr zuhörte, begann sie diernmal daselbst, Stück, Holperste immer an derselben Stelle und schloß unmerklich argelich das Klavier. Karl, der keinen Fehler bemerkte zu haben schien, rief: „Bravo! Bravo! Ausgezeichnet!“

„Es war abscheulich!“ antwortete sie, „ich habe ganz eingestrichelte Finger.“

Am folgenden Tage hat er sie, ihm doch noch etwas vorzutun.

„Wenn es dir Vergnügen macht...“

Auch Karl gestand nun ein, daß sie etwas verlernt habe. Sie schlug daneben, stotzte und hörte plötzlich auf.

„Ach, es geht nicht mehr! Ich müßte Unterricht nehmen, wenn

Sie sich auf die Lippen und sagte hinzu: „Zwanzig Franken für die Stunde, das ist zu teuer!“

„Das ist allerdings ein bißchen teuer“, sagte Karl und lächelte albern. „Aber ich glaube, es gibt auch billigere Stunden bei Künstlern, die noch keinen Ruf haben, aber oft besser sind als die berühmtesten.“

„Erkundige doch doch einmal nach solchen“, meinte Emma. Als Karl am folgenden Tage von seinen Kranken nach Hause kam, sah er Emma mit pfiffigem Lächeln an und konnte ihr kaum schnell genug die Freudenbotschaft mitteilen: „Was für ein Glück du manchmal hast! Ich war heute in Vorlesung, und Madame Heureka hat mir versichert, daß ihre drei Töchter für fünfzig Sous pro Stunde von einer namhaften Lehrerin Unterricht bekommen.“

Sie grüßte die Schültern und öffnete das Klavier nicht wieder.“

Wenn sie jedoch an dem Instrument vorüberging, feuerte sie, das heißt, nur wenn Bovary es hörte: „Ach, mein armes Piano.“

Und dann erzählte sie jedermann, daß sie die Musik ausgegeben und höheren Rücksichten geopfert habe. Da bellagte man sie. Es war wirklich schade. Sie hatte doch so viel Talent! Man redete auch mit Bovary darüber und machte ihm Vorstellungen, besonders der Apotheker legte sich ins Zeug.

„Sie tuen sehr unrecht! Man muß die Fähigkeiten, die einem die Natur verliehen hat, nicht vernachlässigen. Und überdies, lieber Freund, bedenken Sie doch, was Sie jetzt für das Studium von Madame ausgehen, sparen Sie später an der Ausbildung ihrer Töchter. Ich bin ja überhaupt der Meinung, daß die Mütter ihre Kinder unterrichten sollten. Die Idee stammt von Rousseau und kommt uns jetzt wohl noch etwas neu vor. Aber ich bin fest überzeugt, daß sie sich durchsetzen wird, wie das Selbsthüllen der Kinder und die Schulimpfung.“

Karl kam nun noch einmal auf das Klavier zu sprechen, und Emma fiel ihm dabei mit einer gewissen Bitterkeit ins Wort, man täte wohl am besten daran, es zu verkaufen. Aber dies „arme“ Klavier, das ihm so viel Freude verschafft hatte, wegzugeben, wäre dem armen Bovary unmöglich gewesen. Es kam ihm vor, als sollte er ein Stück von seiner Frau selbst abtreten.“

„Du Klotzfuß ja“, meinte er eines Tages, „so eine Stunde hin und wieder... das würde uns eigentlich nicht gerade ruinieren.“

„Ach, entgegnete sie, „Stunden haben nur zwei, wenn man sie regelmäßig nimmt.“

So gelang es ihr, von ihrem Gatten die Erlaubnis zu erhalten, einmal wöchentlich in die Stadt zu fahren, wo sie ihren Geliebten sah. Man fand schon nach einem Monat, daß sie bedeutende Fortschritte im Klavierspiel gemacht habe.“

5.

Es war Donnerstag. Emma erhob sich und zog sich in aller Stille an, um Karl nicht zu wecken, der gewiß geschlafen haben würde, es sei ja noch viel zu früh. Dann ging sie im Zimmer auf und ab, stellte sich ans Fenster und sah auf die Wälder der Markthalle, und Emma konnte kaum die großen Buchstaben auf dem Hause des Apothekers unterscheiden.“

Als es auf ihrer Stubuhr ein Viertel nach sieben schlug, ging sie zum „Goldenen Löwen“. Artemisia öffnete ihr gähnend die Tür und schürte die Kohlen unter der Asche, damit Madame sich wärmen könne. Emma blieb in der Küche allein. Von Zeit zu Zeit ging sie hinaus. Sivert, der die Postkutsche zu recht machte, beeilte sich gar nicht. Die alte Lescaucoid steckte ihren Kopf mit der Nachtmütze aus dem Schieberfenster und gab dem Manne eine Menge Ratschläge und verapwiderter Aufträge, die jeden anderen Konfus gemacht haben würden. Emma klopfte mit den Absätzen ihrer Stiefel ungeduldig auf das Klavier.“

Nachdem Sivert in aller Gemütsruhe seine Suppe gegessen, seinen Mantel eingepackt, seine Pfeife angezündet und seine Pfeife gelüftet hatte, stieg er gelassen auf den Bod.“

Die ersten dreiviertel Meilen fuhr die „Schnecke“ mit größter Behäbigkeit und nahm alle naselang einen R... den auf, der wartend auf der Straße stand. Madame b... ihre Pläse vorher belegt hatten, ließen auf sich warten, der eine und andere lagen sogar noch im Weid. Sivert rief, schrie, fluchte, stieg dann auch von seinem Wad und klopfte mit lauten Schlägen gegen die Tür. Der Wind piffte dabei durch die gebrochenen Keinen Guckfenster.“

Allmählich füllten sich so die vier Bänke, das Gefährt fuhr schneller dahin, die Apfelbäume am Wege stiegen in regelmäßigen Abständen vorüber, und die Landstraße samt den beiden mit gelbem Wasser gefüllten Gräben dehnte sich weit vor Emmas Blicken aus und berengerte sich am Horizont.“

Emma kannte sie von einem Ende zum anderen. Sie wußte, daß nach der großen Wiese ein Wald kam, dann eine Ulme, eine Schener, und weiter hinten eine Schühütte. Manah... schloß sie die Augen, um sich über die zurückgelegte Entfernung zu täuschen, doch nie verlor sie auch nur einen Augenblick das Gefühl für die Größe der durchfahrenen Strecke.“

(Fortsetzung folgt.)

Bezahlungsordnung, Beamtenchaft und Sozialdemokratie

Von A. Weichmann

II.

Die Bezahlungsordnung des Reiches ist ein kompliziertes Werk. Vorgesetzt in ihr sind 13 Gehaltsgruppen und die Eingelchälter für die höchsten Beamten und die Minister. Man kann der Meinung sein, daß diese Zahl der Gruppen zu hoch ist, aber gegenüber dem früheren Gehaltsstuf mit seinen 64 Klassen bedeutet sie schon einen wesentlichen Fortschritt. Die Bezahlungsordnungen der Länder und Gemeinden sind ihr methodisch nachgebildet, und insofern ist sie für alle Staats- und Gemeindebeamten von großer Bedeutung. Im allgemeinen sind in den Gruppen 1-5 die unteren, 6 bis 9 eckel, 10 die mittleren und 10 bis 13 die oberen Beamten untergebracht. Bei den letzteren ist die Voraussetzung die akademische Vorbildung, bei den mittleren der Besuch oder die Absolvierung einer Mittelschule; in den unteren Gruppen sind aufgeführt die Handwerker, die Militäranwärter usw.

Die badische Bezahlungsordnung umfaßt in ihren 13 Bezahlungsgruppen 495 Amtsbezüge; diese Zahl allein besagt, wie schwer es ist, für alle Beamtengruppen die richtige Einstufung zu finden, da sich danach ihre Bezahlung richtet; sie ist weit komplizierter wie etwa der Lohnstuf für ein großindustrielles Werk oder ein ähnliches Unternehmen in Handel und Gewerbe. Die Angehörigen der Heil- und Pflegeanstalten, die Aufseher in den Gefängnissen, die Polizeibeamten, die Lehrer, die Professoren, die Richter, die Verwaltungsdienstleistungen, die Ministerialräte usw. müssen sämtlich in dieser Bezahlungsordnung veranschlagt sein. Da für alle Beamten Eingangs-, Aufstufungs- und Beförderungsklassen vorgegeben sind, kommen für den einzelnen Beamten je nach der Einstufung drei Gruppen der Bezahlungsordnung in Betracht. Es ist auch wesentlich, welche Gehaltsklasse für die betreffende Beamtenstellung vorgegeben ist. Danach kommt z. B. die Hälfte der Beamten oder 1/2 in die unterste Gruppe, 1/2 in die obere und 1/2 in die höchste Gruppe, in welcher die fragliche Beamtenkategorie eingereiht ist.

Nicht minder wichtig ist das sogenannte Beförderungsdienstalter, also die Zeit, welche der Beamte bereits im Staatsdienst zugebracht hat. Da er alle zwei Jahre auf eine Zulage Anspruch hat, kann er in den Gruppen 1 bis 7 den Höchstgehalt nach 18 Dienstjahren, in den Gruppen 8 bis 11 nach 14, Gruppe 12 nach 12, Gruppe 13 nach 8 Jahren erreichen.

Ferner ist von Belang, in welcher Stadt oder in welchem Ort der Beamte wohnt, seine Dienstabilitäten, verheiratet. Er erhält begünstigterweise in Mannheim einen höheren Ortszuschlag wie in Speyer, weil Mannheim in der Ortsklasse A, Speyer aber in E eingereiht ist. Das neue, schon seit Monaten im Reichstag in Angriff genommene Ortsklassenverzeichnis ist immer noch nicht fertiggestellt, weil naturgemäß infolge der herrschenden Teuerung alle Beamten entsprechende Anstrengungen machen, daß ihr Wohnort in eine möglichst hohe Klasse eingereiht wird, zumal auch die Höhe der bezahlten Kinder- und Teuerungszuschläge davon abhängt.

So darf man denn konstatieren, daß es nicht leicht ist, sich in die verschiedenen Methoden der Berechnung der Gehälter der einzelnen Beamten hineinzuversetzen, und ganz mit Recht betont ein namhafter Abgeordneter des Reichstages, daß bei einer Gehaltsreform, in die er nicht eingedrungen vermöge.

Was hat nun die sozialdemokratische Fraktion geleistet?

Sie nahm sich speziell der unteren und mittleren Beamten mit großem Eifer an. Bei den Handwerkergruppen betrat sie den Standpunkt, daß der oft künstlich konstruierte Gegensatz zwischen Hand- und Kopfarbeiter verschwinden müsse. Die Handarbeit sei im Staate und in der Gesellschaft künftig höher zu werten; demgemäß habe auch bessere Bezahlung für sie einzutreten. Nach dieser Richtung hin versage leider die revidierte Bezahlungsordnung des Reiches, der die badische nachgebildet ist, vollständig. Unsere Fraktion kritisierte auch die gleichmäßige Bemessung des Teuerungszuschlages für alle Beamtengruppen; dies schlage zum großen Nachteil der unteren und mittleren Beamtengruppen aus. Um wenigstens ein Existenzminimum für die unteren Beamtengruppen zu schaffen und die soziale Aufhebung der Teuerungszuschläge zu ermöglichen, stellte die sozialdemokratische Fraktion den nachfolgenden Antrag, der auch im Haushaltsausschuß und im Plenum des Reichstages, und zwar einstimmig, angenommen wurde:

Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß für die Dauer der gegenwärtigen Teuerung allen planmäßigen und den verheirateten außerplanmäßigen Beamten, deren Bezüge an Grundgehalt und Grundvergütung und Ortszuschlag neben entsprechendem Teuerungszuschlag zusammen die Beträge von 10 000 bis 18 000 M., abgestuft nach Ortsklassen, nicht erreichen, der

Unterschied als Ausgleichszuschlag zum Teuerungszuschlag bezahlt wird. Bei einer Änderung des nach § 16 des Bezahlungsgesetzes zurzeit festgesetzten Teuerungszuschlages wären auch die genannten Beträge entsprechend zu ändern.

Wird nach dieser sozialdemokratischen Anregung verfahren, so werden wenigstens die größten Härten in den unteren Beamtengruppen ausgeglichen.

Die Frage der Vorkasse beschäftigte schon des öfteren den Haushaltsausschuß. Auch hier griff die sozialdem. Fraktion ein; sie stellte den folgenden, ebenfalls einstimmig angenommenen Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Auf die Erstattung der auf die Neuregelung der Bezahlungszuschläge gewährten Vorschüsse wird verzichtet, soweit der Vorschuß nicht aus dem dem Beamten aufgrund des Bezahlungsgesetzes zustehenden Mehrzahlungsgehalt werden kann und soweit das Dienstverhältnis des Beamten ohne Kinderzuschläge nicht höher ist als

18 000 M. in Ortsklasse A,
12 800 " " " B,
12 300 " " " C,
12 000 " " " D,
11 700 " " " E.

Eine Rückzahlung der bereits von dem Beamten erstatteten Vorschubbeträge findet im allgemeinen nicht statt.

Die Durchführung dieses Beschlusses löst zweifellos bei vielen Beamten Befriedigung aus.

So suchte die sozialdem. Fraktion die rechtlichen und materiellen Interessen der unteren Beamten in jeder Weise zu wahren. Nachdrücklich trat sie auch für die gehaltliche Gleichstellung der Pfleger und Oberpfleger in der Besaltsklasse mit den Aufsehern an Straf- und Fürsorgeerziehungsanstalten, also Einstufung in die Gruppe 4 und 5, ein.

Der mittleren Beamten nahm sie sich nicht minder an, weil sie weiß, daß auch in diesen Kreisen noch viele Not, vieles Elend, das nach außen hin nicht erkennbar ist, nach Abhilfe schreit. Hier schickte glücklicherweise schon der Regierungsentwurf mit der Schaffung vieler neuen und gehobenen Stellen ein, hier kam es aber auch zu den ausgiebigsten Debatten während der vielen Beratungen des Haushaltsausschusses, und zwar standen im Mittelpunkt derselben die Lehrer, die im Regierungsentwurf in Gruppe 7 und 8, mit Funktionärstellen in Gruppe 9, eingereiht waren und schließlich auch bei der Endabstimmung am 22. März im Plenum des Reichstages in diesen verblieben, allerdings noch mit einer Verbesserung der Verhältnisse bei der Einstufung.

Die Sozialdemokratie hat immer und überall die hohe Bedeutung des Lehrerberufes gewürdigt und war stets auch für seine materielle Beförderung eingetreten. Sie stimmte deshalb auch gerne zu, als in der 1. Lesung die Einreihung der Hauptlehrer in Gruppe 8 und 9 beschlossen wurde. Aber die Zahl der Lehrer ist eine ziemlich große; sie repräsentieren fast die Hälfte der badischen Staatsbeamten, nämlich 5000 planmäßige und 2000 außerplanmäßige. Die Kosten der Höherstufung hätten 9,8 Millionen Mark betragen; für die Gesamtvorlage der Regierung waren aber nur 12 Millionen in Ansatz gebracht. Diese Mehrausgaben konnte der Haushaltsausschuß nicht auf sich nehmen, zumal sofort die mittleren Beamten, als die Einstufung der Lehrer in der Öffentlichkeit trotz der Vertraulichkeit der Sitzungen des Haushaltsausschusses bekannt geworden war, ebenfalls ihre Höherstufung beantragten. Unter dem Druck dieser Verhältnisse hob der Haushaltsausschuß die Beschlüsse erster Lesung wieder auf, schuf aber, wie bemerkt, eine bessere Verhältnisse für die Einführung. Es kommen danach 1/2 der Lehrer in Gruppe 7, 1/2 in Gruppe 8; in Gruppe 9 können von der Gesamtzahl der ersten Lehrer an Volksschulen und der Hauptlehrer an Hilfsschulen, sowie der Klassen mit geistigen und körperlichen Gebrechen, an Hoch- und Seminarschulen, sowie an sonstigen wichtigen Stellen ungefähr soviel angefordert werden (wahrscheinlich werden es bis zu 500 sein), als mittlere technische und nichttechnische Beamte nach 9 kommen.

Das war das Höchstmögliche, was sich erreichen ließ. Diesen Gründen werden sich auch unsere parteigenössigen Freunde unter den Lehrern nicht verschließen können. Bis jetzt hat nur Hamburg seine Lehrer nach 8 und 9 eingestuft, aber kein anderes Land in Deutschland, nicht einmal der Großstaat Preußen. Der Haushaltsausschuß hat gleichwohl erklärt, wenn der hamburgeische Beschluß vom dem Schiedsgerichtshof in Leipzig, der höchsten Instanz, die über begangene Verträge gegen das Sperrgesetz zu entscheiden hat, anerkannt wird, behalte er sich seine Stellungnahme in der Einstufungsfrage der Lehrer vor, falls einzelne Gemeinden oder große Städte den Lehrern evtl. Zugeständnisse zu ihren Gehältern noch bewilligen. Das letzte Wort ist also in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen, zunächst verbleibt es aber in Baden bei den am 22. März gefassten Beschlüssen des Reichstages.

Auch sonst war man geneigt, den Lehrern das weitestgehende Entgegenkommen zu bezeigen; man sicherte ihnen die Wohnungen in den Schulhäusern auf dem Lande nebst den dazugehörigen

Gausgärten und bewohnte sie vor hohem Mietzins, indem man ihnen den Bezirksrat als hergegen anzuerkennende Behördeneinstanz bestellte. Und was ähnliche Vorteile mehr sind, die in ihrer Gesamtheit sicher nicht auf eine lehrerfeindliche Stimmung im Haushaltsausschuß schließen lassen.

Bei den höheren Beamten folgte die sozialdem. Fraktion die Faktion, daß sie dem Regierungsentwurf und den nur in geringem Maße vorgenommenen Verbesserungen zustimmte, weil sie dem Staate tüchtige Beamte erhalten wissen will. Verweigert man diesen anspruchsvollen Beamten, dann darf man sich nicht beklagen, wenn sie in den Gemeindedienst übertraten oder besser bezahlte Stellen in der Industrie oder im Handel annehmen. Jedenfalls darf eine Partei, die nach ihren programmatischen Grundsätzen dem Staate ständig neue und große Aufgaben zuzuleiten, auch in der Bezahlung der höheren Beamten nicht kleinlich und allzu knauserig sein. Uebertriebene Ansprüche sind natürlich zurückzuweisen.

In diesem Sinne glaubt die sozialdem. Fraktion bei der Beratung der revidierten Bezahlungsordnung ihre Pflicht, sozial auszugleichen und bestend eingzugreifen, im vollsten Maße erfüllt zu haben. Aber Sperrgesetz und Reichsbezahlungsordnung waren auch für sie maßgebend und letzten Endes ist sie für die fernere Gestaltung der Finanzlage in Baden mitterantwortlich.

Badische Politik

Neuregelung der staatlichen Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge. Die Vorarbeiten sind soweit gefördert, daß mit der Nachzahlung der erhöhten Bezüge bereits begonnen werden kann. Doch ist es nicht möglich, die Auszahlung für alle Empfangsberechtigten im ganzen Lande zu gleicher Zeit zu vollziehen. Jedenfalls wird alles aufgeschoben werden, um die Sache so rasch wie möglich zum Abschluß zu bringen.

Aus der Partei

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bezirksverband Baden

An die Vorstände unserer Ortsvereine! Der Kostenabschluss für das Geschäftsjahr 1920/21, das mit dem 31. März abschließt, muß so rasch als möglich fertiggestellt werden. Wir richten deshalb das dringende Ersuchen an alle Ortsvereinsvorstände, in Baden, ihre Abrechnungen für das 4. Vierteljahr (Januar, Februar, März), zu denen die Vorbrüche hinausgegangen sind, sofort fertig zu stellen.

Unter Beachtung der Beschlüsse des Parteitag in Baden-Baden vom November 1920 über die Erhöhung der Aufnahmegebühren und Beitragsleistung, die mit dem 1. Januar 1921 in Kraft getreten sind, haben die Ortsvereinsleiter streng darauf zu sehen, daß die in der Bezirksliste abzuführenden erhöhten Geldbeträge für Aufnahmen und Wiedereintritte richtig in die Abrechnungsbogen eingestellt werden.

Nach unserem Organisationsstatut sind alle Ortsvereine verpflichtet, ihre Abrechnungen mit den Geldbeträgen sofort nach Vierteljahrschluß, längstens aber bis 10. April, an die Adresse der Bezirksliste, Karl Sahn-Mannheim, R 3, 14, 2. St., einzufenden. Für gewissenhafte Einhaltung dieses Termins wollen insbesondere auch die bisher säumigen Ortsvereinsvorstände sorgen.

Der Bezirksvorstand

K. A.: Karl Sahn, R 3, 14, 2. Stod.

i. Seidelstein, 30. März. Josef Bucher i. Gessen am 6. Uhr wurden die irischen Reste eines lieben Freundes zur letzten Ruhe gebracht. Zu einer großen Kundgebung gestaltete sich die Trauerfeier wie selten eine am heiligen Orte zu sehen war. Nach langjähriger Krankheit verstarb Bucher schnell und unerwartet. Er verlor an ihm eines unserer besten Parteimitglieder. Als Mitbegründer der freien Turnerschaft und als langjähriger Turnwart erworb er sich große Verdienste um die Körperpflege und der Jugendberziehung. Weit über seine heimatische Scholle war sein turnerisches Können geschätzt. Auch als Sänger tat er seine Pflicht im Arbeitergesangverein „Freier Sängerbund“. Auch im hiesigen Sportausschuß wirkte er mit. Er hinterläßt eine fränke Ehegattin. Am Grabe legten Kränze nieder: die Turnerrinnen, Freie Turnerschaft, Freier Sängerbund, Sportausschuß, Sozialdemokratische Partei, die Arbeiterkassen von Schöbel u. Gemming und die Firma Schnabel und Henning-Buchsal. Alle Koporationen widmeten dem Dahingegangenen warme Nachrufe, ein Beweis der großen Beliebtheit, welche sich unser Genosse Bucher überall erworben.

Aus einer kommunistischen Hochburg

Die Zustände auf den von den Kommunisten beherrschten Kennarwerken bei Merseburg

Ein Parteigenosse, der in den in den letzten Tagen dieses Monats in Merseburg a. d. Saale beschäftigt ist, sendet uns nachfolgenden Brief. Die Kennarwerke sind im Lohndienst der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh., ihre Hauptfabrikationsgebiete sind die Herstellung von Ammonial und Stickstoff. Die Kommunisten üben hier über die dort beschäftigten 15-20 000 Arbeiter eine unumschränkte Herrschaft aus. Wie diese Herrschaft aussieht, schildert in anschaulicher Weise die nachfolgenden Zeilen. Der erste Brief ist das Begleit Schreiben zu der nachfolgenden Schilderung, wir drucken ihn ebenfalls ab, weil er so recht die Stimmung und Erbitterung des Verfassers, der in der Arbeiterbewegung auf unserer Seite alt und grau geworden ist — er ist Karlstrüper — wiedergibt.

Lieber Genosse! Vielleicht ist dies das letzte Schreiben, das ich an Sie richte. Wenn Sie bis zum 3. April 21 keine Nachricht mehr haben, werde ich nicht mehr sein. Wir wollen den Anfang machen. Ich lasse mich nicht ausplündern in meiner Baracke, lasse mich nicht mißhandeln. Soll ich Polizeiarbeiter der Tat werden? Wohlja, ich benötige mich. Nach heute fahre ich zurück. In einer Stunde fährt ein Zug nach Leuna. Dann will ich wirken mit den andern für unsere persönliche Freiheit. Wir brauchen keine Hilfe. Unsere Arbeit ist selbstständig nach dem Prinzip der Arbeiter. Denn jeder teilt mir ein Kollege mit, daß die Note Garde die Baracken auszuräumen wolle. Darauf werden wir mit einer Auswanderung antworten, die die ganze Atmosphäre durchdringen und hoffentlich reinigen wird. Leben Sie wohl, lieber Genosse! Den Leipziger Briefschreiber haben Sie, wie ich sah, ungehört gebracht. Ich bin alles für Sie, was Sie an mir haben, wünsche Ihnen alles Gute im Leben und Streben. Gerne hätte ich Ihnen mehr geschrieben, doch ich muß abfahren. Es lebe die Freiheit des deutschen Proletariats, der Fortschritt des Sozialismus. Wieder mit der Verfluchung von außen und innen! Ihr . . .

Leipzig, den 28. März, Ostermontag.

Lieber Genosse! Vom hiesigen Hauptbahnhof aus richte ich dies Schreiben an Sie. Es ist, wie Sie bemerken, mit Bleistift geschrieben, denn ich konnte keine Tinte erhalten. Seit vor-

gestern weile ich hier, habe Muejen und gestern abend das Gastspiel Audo. Müllners besucht, der den „Hauk“ im Schauspielhaus gab. Der Herr jagte mich von Leuna fort, denn was ich dort zu erleben hatte und schauen mußte, war nicht mehr menschlich. Am Samstagabend wollte ich in meiner Baracke schreiben, aber einige junge „Kollegen“ in meinem Zimmer überredeten mich endlich, den „Kollegen“ mühe ich zu bestehen, weil er nach Ansicht der „Idealisten“ ein bürgerliches Blatt sei. Ich schickte mich zur Kantine, zur beschlossenen Kostbararbeit, wagte kein Wort zu sprechen; wenn man mich befragte, überlegte ich zuerst die Antwort. Denn es herrscht der Terror, die kommunistische Inquisition. Dabei ist die Freiheit, sogar in den Gedanken nicht man zu lesen. Das Wissenwert Leuna gleicht einem Seerlager. In den großen Schloßbetrieben, Reparaturwerkstätten und in den stillgelegten Betrieben liegt furchtbar Stroh, drauf die Kämpfer sich allnächtlich betten. Nach rauchen einige Essen, aber der Rauch kommt so spärlich aus diesen, so daß er dem Ausatmen einer sterbenden Industrie gleicht. Die gewaltigen Mäse zittern, verurteilt vor großen, angepöbelten Gasdruck, der wohl noch sich durch eine Explosion entladen wird. Von Zeit zu Zeit durchdringen kriegsstarke Kompanien, die wieder in Gruppen eingeteilt sind und von hartlosen Jünglingen, mutvollen Fußballmenschen, geführt werden, die Straßen innerhalb der Baracken, die Arbeiter, d. h. die Doktoren der Chemie, sind abgereist, weil der Aktionsausschuß die Beamten, Schreiber und kaufmännische Angestellten nach Hause geschickt hatte. Nun leiten noch die Meister und Aufseher die Betriebe, die aufrecht erhalten werden müssen, will man nicht die entscheidendste Katastrophe einer riesigen Explosion erleben. Ich habe gehört haben und drüben. Man nimmt immer noch Rücksicht auf die in den Baracken i. J. untergebrachten Familien, die dort in Notwohnungen hausen, sonst wäre vielleicht schon das Unheil geschehen. Mit einer Stilllegung des großen Betriebes muß jetzt schon geredet werden, denn was schon der Verriichtung unheimlich, geht in die Millionen. 16-18 Jährige mit nagelneuen Gewehren schießen neben gereisten Männern einher, und der Soldaten scheint mit der Freiheit jeder Gewalt zu sein. Wer mit diesem Feldern geschmückt ist, genießt Hochachtung. Der heilige Blas, Neapel, Unterwürigkeit. Die K.A.P.D. hat hier das Fest in Händen. Der Aktionsausschuß waltet militärisch streng. Alles ist auch nach militärischem Drill geordnet. Die sechs Mitglieder des Aktionsausschusses, die der K.A.P.D. angehören, sind nur Puppen in der Hand des allmächtigen Diktators Kempin. Wenn dieser Mann erhebt und sein „Proletarische Kampfgewissen“ erlösen läßt, lauschen 12 000 Menschen auf dem großen Platz

andachtsvoll. Da ist keiner, der ihm widerspricht. Aber auch wehe dem Feind! Er würde zu drei getreten werden. Jede neue Verordnung, die der Arbeiterkassen neue Fesseln schlägt, wird mit Jubelgeschrei gutgeheißen. Es muß ein erhebendes Gefühl sein für den Menschen, die 12 000 mit sich zu wissen. Und es libelt seine Eitelkeit mächtig, wenn er die Bitten der Familienväter anhört und ihnen Gewährung verspricht. In seinem Hauptquartier geht es zu wie in einem Bienenkorb. Wie glücklich ist der, der einen persönlichen Auftrag von ihm erhält. Welche Macht hat z. B. sein Zigaretten-Einholer! Sein Stempel, sein Schreiber! Der Stad, der ihn umgibt, seine Getreuen von der A.G. Arb.-Union, jeden Aufdringliche von ihm fernzuhalten. Aber subiel sind derer, die einen besonderen Befehl von ihm erreichen. Die eine Gruppe will ins nächste Dorf zum Requirieren, ein anderer will nach Merseburg um auszufundieren, wieder andere verlangen förmlich nach dem Mansfeldischen getracht zu werden. Abenteuerlust befeelt die meist jugendliche Masse, die in der Freiheit des Handelns und Treibens zur blutrünstigen Verbrechen-Bande wird. Schon wird jeder, der nicht in das Lob des Geschickenen einstimmt, zum Spittel erklärt. Mit Koltschienen wird jedes unbefugte Verlassen des eingezogenen Barackenlagers bestraft und jede Neuerung, die Mißbilligung ausdrückt, wird als Verrat bestraft. Schon hat sich eine Verschwörung gebildet, die die Beilegung des Aktionsausschusses sich zur Pflicht gemacht hat. Politischer Nord wird das Ende sein. Man will die 13 Männer gewaltigem befehlen, ehe noch größeres Unheil angerichtet wird. So hat die Diktatur schon gewirkt. Die Verschworenen warten auf das erste Bluturteil seitens der Nachhaber, um dann ihre Tat ausführen zu können. Andere Verschworene wollen die Ventile der Gasleitung, der Ammonialleitung öffnen, um so mit einem Male ein Ende mit Schreden herbeizuführen.

Wir Gemäßigten, Urteilsreifen sehen mit Ruhe dem Kommen entgegen. Man wird das Werk von der Lebensmittelfuhr unterbinden, man wird es umzingeln, aushungern. Oder auch nämlich die Köpfe überfallen, der Panzerzug wird einfahren und mit Maschinengewehren jede Ansammlung abmähen. Ein Stück A b f a l l h o l z brachte die Bewegung zustande. Jeder Arbeiter trug in seinem Rucksack beim Verlassen der Fabrik A b f a l l h o l z zum Anfeuern mit. Aber es wurden auch neue Bretter, neue Balken zerlegt. Nachts wurden Gerüste abgebrochen und zu Anfeuerholz verkleinert. Das ging nun schon 3 Jahre so. Da haben sich die Fabrikleitung und die Kaufmanns beranlagt, dagegen einzuschreiten und jede Ritznahme von Holz ohne Genehmigung als Diebstahl zu kennzeichnen und zu bestrafen. Als nun vor etwa 14 Tagen ein Arbeiter auf dem Durchgange zum

Berichtszeitung

Ein alter Trick. Der Landwirt Verthold Heder aus Neuburgweiler hatte beschlossen, auf den Dörfern Getreide anzulassen, um es im Schleichhandelswege weiter zu verkaufen. Er fuhr auf ein Dorf und besprach mit einigen Bauern, wann er die Frucht holen sollte. Am Vorabend hatte er aber mit dem Landwirt Otto Schindler und dem Köpfer Oswald Schindler, beide aus Neuburgweiler, ausgemacht, daß sie im Augenblick, wenn das Getreide aufzuladen sei, erscheinen und als Kriminalbeamte die Waren beschlagnahmen sollten. Dies geschah dann auch und alle drei verließen den Ort, ohne einen Pfennig bezahlt zu haben. Einer der hereingefallenen Landwirte fuhr ihnen aber auf dem Rade nach und entdeckte den ganzen Schwindel. Unterwegs hatten die beiden „Kriminelle“ den Verfolger mehrfach aufgefordert, seiner Wege zu gehen, da sie sonst von ihrer Waffe Gebrauch machen müßten. Der Landwirt ließ sich dann auch einschütern und kehrte um, nachdem er sie noch eine Weile beobachtet hatte. Heder verkaufte noch in derselben Nacht das Getreide an den Metzger Willibald Straub aus Sandweiler und das Mehl an den Metzger Erich unter sich. Die Strafkammer erkannte bei Heder wegen Schleichhandels, Preistreiberi und Betrugs auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft, bei Otto Schindler wegen Amtsanmaßung und Bedrohung auf 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 3 Monate und 8 Wochen Untersuchungshaft, bei Oswald Schindler wegen Amtsanmaßung auf 10 Monate Gefängnis, abzüglich 2 Monaten und 4 Wochen Untersuchungshaft, bei Straub wegen Schleichhandels auf 2 Monate Gefängnis. Weiter erhielt jeder der Angeklagten eine Geldstrafe von 5000 M. oder im Nichtbeibringungsfalle für je 15 M. 1 Tag Gefängnis.

Freiburg, 24. März. Mittels gestohlener Briefformulare und eines gefälschten Schecks eine hiesige Bank um 21 000 M. betrogen hat eine hiesige Gaunergesellschaft. Die Hauptbeteiligten, der 19jährige Schneider Maximilian Straub von Freiburg und der 19jährige Reisende Edwin Krenle von Schönstätt (Walg) wurden von der hiesigen Strafkammer zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Anführer der Betrügerei, ein 23jähriger Kaufmann Albert Horneder, gegen den später verhandelt wird, erhielt von dem erganzten Geld nur 1000 M. während Straub und Krenle mit dem übrigen nach Leipzig flohen und dort ein flottes Leben führten. Ein Helfershelfer kam mit 6 Monaten Gefängnis, die Geliebte des Horneder, welche die zu den unlauierten Mischgeschäften nötigen Briefbogen entwendet hatte, mit 3 Monaten Gefängnis davon.

Freiburg, 28. März. Als hier noch die Einwohnerversammlung, wurden Lohnungs- und Wochengelder im Betrag von mehreren tausend Mark veruntrent. Die Strafkammer verurteilte hierwegen einen früheren Angehörigen der Einwohnerversammlung, einen Kaufmann aus Wilhelmshafen, den auch noch andere Betrügereien belasteten, zu acht Monaten Gefängnis. Ein zweiter Angeklagter, der im Kriege als Offizier dem Regiment 118 angehört, wurde mangels ausreichender Beweise freigesprochen.

Aus dem Lande

Heidelberg, 30. März. Am Ostermontagabend als die Eheleute Kallentmaier kurz vor 10 Uhr heimkehrten und die Haustüre öffneten, kamen ihnen zwei junge Leute aus ihrer Behausung entgegen. Ohne irgend eine Bemerkung schob der eine sofort auf Kallentmaier und verlegte ihm im Gesicht, worauf die Ehefrau das Weite suchte. Frau Kallentmaier verfolgte sie und konnte dem einen ein Mäntelchen losreißen, wodurch die Täter in der Person des 17jährigen Winkler und des gleichaltrigen Zug von hier ermittelt werden konnten. Es wurde festgestellt, daß die beiden eingekerkert und 1000 M. entwendet hatten. Mit dem Geld gingen sie gleich auf den Tanzboden, konnten aber durch die schließende Spange sofort ermittelt werden. Kallentmaier wurde gestern nach Heidelberg in die Klinik verbracht. Sein Zustand ist bedenklich. Allgemeine Teilnahme wird der Familie gezollt.

Forstheim, 30. März. Durch Feuer ist am zweiten Osterfeiertag das Anwesen des Gastwirts Ernst Holz vollständig zerstört worden. Das Feuer griff auch auf das anstehende Haus des Bruders des Brandgeschädigten, des Landwirts Eduard Holz über, das ebenfalls in Schutt und Asche gelegt wurde. Von den Fahrnissen konnte nichts gerettet werden, dagegen gelang es, das Vieh in Sicherheit zu bringen. Als das Feuer ausbrach, wurde im oberen Stockwerk der Wirtschaft eine Hochzeit gefeiert.

Heidelberg, 30. März. Die hiesige Allgemeine Ortskrankenkasse hat das Hotel „Victoria“ in Seebheim an der Bergstraße (Hessen) erworben, um es als Erholungsheim für ihre Mitglieder zu verwenden. Die Kasse hat ferner einen Kassensatz in Hauptamt ange stellt.

Wahnhöfe von einem Förstner angehalten und sein Name festgestellt wurde, fielen über 50 Menschen über den Förstner her und richteten ihn so zu, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Und wenn er auch mit dem Leben davonkommen mag, — sein rechtes Auge ist dahin und seine Beine sind zerfunden; man hat ihn zum Krüppel geschlagen. Das Schöne an der Sache ist, daß der Förstner noch radikaler kommunist war. So jage kommunist war. Denn daß dieser wieder kommunistischen Ideen huldigen wird, muß dahingestellt bleiben. Das gab den Aufstakt. Mehrere Einzelheiten folgten. Der kommunistische Betriebsrat legte in einer Sitzung den Vertrauensleuten die wahre Sachlage dar, erwähnte, daß die Betriebsleitung sich schämen müsse von der zur Leidenschaft ausgebildeten Mäureri, und daß sie mit der Sippe gedroht hätte. Nun wurden Vertrauensleute den Förstnern beigegeben. Aber auch dieses Verhalten endigte mit der Mißhandlung der Vertrauensleute. Die Betriebsleitung besitzt Photographien von abgenommenem Diebstahl. Was da alles in einem Jahre zusammengelassen wurde, könnte ein Magazin irgend einer großstädtischen Materialhandlung ausfüllen. Vom Elektromotor bis zum kleinsten Schraubenschlüssel ist hier alles zu finden. Eine kleine Fabrik könnte man mit der Beute errichten. Und von jedem Teil der großen Magazine der Fabrik war hier ein Gebrauchsmuster zu schauen. Ja, es hätte nicht viel gefehlt und eine der großen Lokomotiven hätte sich auf den Schienensträngen verirrt und wäre in die Unendlichkeit abgedampft.

Die Fabrikleitung erlaubte bald darauf nach der Affäre das Annehmen von Abfallholz, aber nur mit einem Durchgangsschein, der vom Betriebsleiter und vom Aufseher der Holzwerkstätte unterzeichnet war. Doch damit gaben sich einige auch nicht zufrieden. Jede fernere Bekanntmachung der Betriebsleitung wurde als Provokation ausgelegt. Das Raubverbot, das in diesem feuergefährlichen Werke innegehalten werden muß, wurde immer und immer wieder überschritten, so daß man stets gewärtig sein muß, eine Himmelskugel zu riskieren. Der Betriebsrat ist außer Tätigkeit gesetzt. Einige von seinem Stabe sind zur R.A.D. hinübergewechselt und suchen dort sich anzubiedern. Zur Zeit ist dies lächerlich, erfarber ich von Kollegen, die von Zeuna nach hier kommen, daß die Lage in dem Werke noch gespannter geworden ist. Dennoch soll der Zugverkehr auf der Linie Chorbetha-Halle-Berlin aufgehoben werden, weil die Bahnangestellten und das Zugpersonal sich weigern, fernerhin Dienst zu tun wegen der Lebensgefahr, in die sich leben beibringt, der diese Strecke bedroht.

Die zusammenbrechenden Kommunistenputsche

Wenn auch an dem einen oder andern Orte die Kommunisten erneut Unlug anrichten, im allgemeinen bricht das verrückte und zugleich verbrecherische Unternehmen zusammen. Das war vorauszu sehen. Hunderte von Arbeitern sind ins Unglück gestürzt, die elenden Führer und Drahtzieher werden sich in Sicherheit zu bringen suchen. Wir hoffen, daß aber gegen alle führenden Elemente, soweit man ihrer habhaft wird, rücksichtslos vorgegangen wird. Aus den einzelnen Gebieten des Reichs liegen folgenden Meldungen vor:

Baden

Karlsruhe, 30. März. Nach den der Presseabteilung der badischen Regierung vorliegenden Meldungen ist die Lage im ganzen badischen Lande ruhig. In Konstanz hat lediglich eine Versammlung von etwa 200 Personen stattgefunden, die aber ohne weitere Störungen verlief. Auch in Mannheim sind keine weiteren Unruhen vorgekommen.

Karlsruhe, 30. März. In der vergangenen Nacht kam es in Ettlingen, wie die Presseabteilung der badischen Regierung mitteilt, zu einem Zwischenfall, durch den die Allgemeinheit aber nicht direkt berührt wurde. Etwa 12 Insassen des dortigen Gefängnisses waren in die Polizeiwache eingedrungen, wo es ihnen gelang, die zwei anwesenden Beamten zu entlocken und die Telefonleitungen zu zerschneiden. Ein Versuch, in das Bezirksamt und in das Postamt einzudringen, mißlang. Die Täter sind flüchtig und werden von der Gendarmerie verfolgt.

Heidelberg, 30. März. Eine Versammlung der Heidelberg-er Betriebsräte nahm zu den Vorgängen in Mitteldeutschland Stellung, wobei mit 250 gegen 10 Stimmen eine Entschließung angenommen wurde, in der zum Ausdruck kommt, daß die Gewerkschaftsverbände und Betriebsräte von Heidelberg und Umgebung die Aufforderung der Kommunisten zum Generalstreik keine Folge leisten und ihre Aktion nicht unterstützen werde. — In Heidelberg selbst ist die Ruhe bis jetzt in keiner Weise gestört worden und es ist auch kaum anzunehmen, daß es zu irgend welchen Zwischenfällen kommt.

Die Situation in Berlin

Berlin, 30. März. In der vergangenen Nacht und am heutigen Vormittag war es in Berlin ruhig. Die Generalstreikparolen der Kommunisten sind nirgends befolgt worden. In vielen Betrieben sind heute morgen sogar Kommunisten zur Arbeit erschienen. Die Abstimmung in dem Kraftwerk Golba, das den Süden Berlins mit Strom versorgt, ergab eine überwiegende Majorität für die Wiederaufnahme der Arbeit. Unter den in Haft befindlichen Kommunisten befinden sich fünf, die dringend verdächtig sind, die Bombenanschläge auf die Landgerichte in Dresden und Freiberg sowie auf den Bahnhof Dresden verübt zu haben. — Die polizeiliche Untersuchung gegen die Urheber des Anschlages auf die Siegessäule ist heute abgeschlossen worden. Nach ihrer Aussage sollte die Sprengung der Siegessäule das Anfangssignal für die neue Revolution sein.

Berlin, 30. März. In der Nacht der A.G. fand heute vormittag unter der 10000 Mann starken Belegschaft eine Abstimmung statt, die nur 1500 Stimmen für den Streik ergab. Trotzdem versuchte die Minberheit, die Arbeiterschaft zur Arbeitseinstellung zu zwingen, worauf die Belegschaft die Arbeiter aus den Betrieben hinauswarf.

Berlin, 30. März. In den Betrieben wird fast allgemein gearbeitet, doch bleibt die Schutzpolizei in Alarmbereitschaft. Bisher sind etwa 200 Personen festgenommen worden, die schon in den nächsten Tagen von einem außerordentlichen Gericht abgeurteilt werden sollen. Alle diejenigen Aufständischen, die in die Betriebe eingedrungen sind und Sabotage verübt haben, werden wegen Landfriedensbruchs und die Verteiler heftiger Flugblätter wegen Hochverrats abgeurteilt werden.

All. Berlin, 31. März. Eine Streife der Polizei sah gestern mittag auf der Oramenbrücke ein Paket liegen. Es kam den Beamten verdächtig vor. Sie öffneten es daher mit aller gebotenen Vorsicht und entdeckten, daß es Sprengstoffe enthielt. Auf der Wache wurde dann der Inhalt nachgeprüft, wobei es sich herausstellte, daß es sich um zwei Kilogramm Dynamit handelte. — Gestern nachmittags warf ein Unbekannter, der sich leider der Festnahme durch die Flucht entziehen konnte, eine Handgranate durch das geöffnete Fenster in den Schallraum der Maschinenanlagen der A.G. In dem Raume befanden sich mehrere Arbeiter. Glücklicherweise explodierte die Handgranate nicht.

Die Lage in Mitteldeutschland

Magdeburg, 30. März. Die Mitbestelle beim Oberpräsidium teilt mit: In Senftenberg (Regierungsbezirk Merseburg) wurde heute die Arbeit eingestellt; es kreisen sich dort bewaffnete Banden herum. Der Betrieb der elektrischen Bahn Leipzig-Schönewitz ist wegen des Streiks eingestellt. In Lützenfeld herrscht Ruhe. In Sghernowitz hat heute morgen eine Abstimmung über den Streik stattgefunden; 600 waren gegen und 200 für den Streik. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist im Gange. In Halle ist das Bild unverändert, der wilde Streik geht weiter. In Liebenwerde hat sich die Lage angeheitert. Hier hat heute vormittag eine Versammlung stattgefunden, in der ein Berliner Kommunist auftrat, der behauptete, daß in Berlin der Generalstreik ausgedroht sei, und der aufforderte, die Aktion auch im dortigen Kreise und härtester Art durchzuführen. Daraufhin hat die Versammlung dies einstimmig beschlossen. Die Arbeiter verließen sich von neuem mit Waffen und beschloßen heute mittag die Müllgrube, deren Direktoren sie verhaftet haben. Die Arbeitswilligen auf der Grube Lauchhammer der Aktiengesellschaft Lauchhammer wurden vertrieben. Um 2 Uhr war beabsichtigt, sämtliche öffentlichen Gebäude im Ländchen zu besetzen und alle Lebensmittel zu requirieren.

In Mühlhausen haben die kommunistischen Fabrikarbeiter mit großer Mehrheit gegen den Generalstreik gestimmt; die beschlossene Befreiung der Gefangenen ist nicht durchgeführt worden. In Erfurt, Sommerda, Langensalza und Borsdorf herrscht Ruhe. Die Eisenbahnstation Erfurt hat 22 streikende Arbeiter entlassen. Zweck der kommunistischen Spreng-

ungen auf öffentliche Gebäude, Bahnübergänge usw. ist die Bepflanzung der Polizeiträfte. Außer in zwei Betrieben wird in Erfurt überall gearbeitet. Das in Jena erscheinende kommunistische Blatt „Neue Zeitung“ wurde in Erfurt in großen Mengen vertrieben und verkauft. Es wurde daraufhin der Verkauf von der Regierung verboten, die Leute, die den Verkauf trotzdem weiterbetrieben, wurden verhaftet. Wie bei Kitzers ist heute von 150 Kommunisten befestigt worden. Der Pfarrer und der Bürgermeister wurden verhaftet und sollen gegen ein Lösegeld von hunderttausend Mark freigelassen werden. Die Pfarre, die Läden und die Post sollen geplündert worden sein. Der Kirchturn ist mit einem Maschinengewehr besetzt.

Stettin, 30. März. Die Annahme von Gütern aller Art, für die an die Bahnhöfe Dittorf, Apollenberg, Pödenberg, Naumburg angehängenen Werke, sowie von Wagenladungen von Lauchhammerwerk, Station Lauchhammer ist bis auf weiteres gesperrt.

Frankfurt a. M., 30. März. Der von der kommunistischen Partei für heute ausgesetzene Streik zum Generalstreik ist in den Betrieben Frankfurts nicht Folge geleistet worden. In allen Betrieben wird gearbeitet. Die Nacht ist ruhig verlaufen.

Leipzig, 30. März. Eine aus Würzburg kommende bemannete Kommunistenbande hat heute mittag Schloß besetzt. Ein von Schloß nach Leipzig fahrender Personenzug wurde von den Aufständischen beschossen. Die Aufsichtsbahnen haben auch den Betrieb der Leipzig-Schleibitzer Außenbahn lahmgelegt.

Jena, 30. März. Die Arbeiterschaft der Firma Karl Zeiß hat heute die Arbeit wieder aufgenommen. Zeißstreik sind vollständig verpufft.

Halle, 30. März. Ein Kommando der Schutzpolizei übernahm in einer Villa in der Realstraße eine kommunistische Zusammenkunft. Zwei Mitglieder wurden erschossen. Aus Papieren und Akten, die man im Hause fand, geht hervor, daß man hier auf das Hauptzentrum der Leitung des mitteldeutschen Aufstands zielte. Man fand ganze Bezüge von vorzüglichen Generalstabskarten Mitteldeutschlands sowie andere Karten mit Eintragungen von Sprengungen, die bereits ausgeführt waren oder noch ausgeführt werden sollten. Ferner fand man militärische Karten, aus denen die Aufstellung der militärischen Organisationen der roten Armee Mitteldeutschlands die Einteilung der Städte, die Routen der Kuriers usw. hervorgingen. Die beiden Erschossenen sind der bekannte Hallenser Kommunist Edmund Windt und ein gewisser Garzport, ein 19-jähriger junger Mann aus Halle. Man fand auch Papiere, die sich auf die Aktionen gegen die Stadt Halle bezogen und die Absichten der kommunistischen Leitung in Halle zu Tage förderten.

Erfurt, 30. März. 18-jährige kommunistische Burchen haben nachts gegen eine Eisenbahnunterführung auf der Straße Erfurt-Naßel einen erfolglosen Sprengversuch unternommen. Die Polizei verhaftete die Burchen.

Weiskensfeld, 30. März. Bei den Kämpfen mit der Schutzpolizei hatten die Kommunisten mindestens 15 Tote und viele Verletzte, darunter 25 sehr schwer Verletzte. Die Weiskensfelder Schutzpolizei verlor einen Toten und vier Verletzte.

Rheinland-Westfalen

Düsseldorf, 30. März. Da die Kommunisten angekündigt hatten, sie würden heute morgen die Arbeitstillen auf den Betrieben holen, hatten die Arbeiter Maßnahmen getroffen, um dem Terror vorzubeugen. Auch von der Polizei waren Befehle getroffen worden. In der Nacht hatten die Kommunisten Klafate angehängen, in denen die Kommunisten zum Generalstreik und zum Bündnis mit Sozialistischem aufgerufen. Die Klafate wurden von den französischen Besatzungsbehörden heute beschlagnahmt und entfernt. Die gefristete Nummer der hier erscheinenden Freiheit wurde ebenfalls von der französischen Besatzungsbehörde beschlagnahmt. Die Düsseldorf-er Arbeiterschaft ist der Streikparole bis auf ganz beschwichtigende kleine Teile nicht gefolgt.

Essen, 30. März. Die Belegschaften auf den Betrieben des rheinischen Industriegebietes führen heute fast vollständig ein, außer auf einigen linksrheinischen Schachanlagen, deren Belegschaften stark mit kommunistischen Elementen durchsetzt sind. Der Versuch der Kommunisten, einen Generalstreik hervorzurufen, ist darnach vollkommen gescheitert.

Von der Wasserkante

Bremen, 30. März. Der von den kommunistischen Arbeitern gestern über die Aktiengesellschaft Weser verhängte Generalstreik ist gescheitert, da ihr die übrigen Arbeiter keine Folge geleistet haben. Mehr als die Hälfte der ganzen Belegschaft ist heute morgen zur Arbeit erschienen. Zu neuen Gewalttätigkeiten ist es nicht gekommen. Auch in den übrigen industriellen Gebieten Bremens hat die Arbeit weder eine Unterbrechung noch Störung erfahren.

Kommunistische Treibereien in Bayern

München, 30. März. Die Kommunisten fangen an, auch in Nordbayern sich zu regen. Heute morgen wurden in Nürnberg Flugblätter und Handzettel verteilt, in denen zum Streik aufgerufen wurde. Der Bezirksvorsitzender der sozialdemokratischen Partei Frankens rief die Arbeiterschaft auf, den Moskowitern nicht die Restanten aus dem Feuer zu holen, geschlossen in den Betrieben zu bleiben und sich nicht von unverantwortlichen gewissenlosen Leuten aufzuführen zu lassen. Heute vormittag ist das kommunistische Organ „Der Bedarf“ verboten worden.

Schlesien

Breslau, 30. März. Der Aktionsausbruch der vereinigten kommunistischen Partei ist verfehlt worden. Ebenso wurden wegen Weisheit zum Landesberratt eine Anzahl Flugblätter verteilt dieser Partei festgenommen.

Breslau, 30. März. Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, brachte gestern abend auf der Straße Schweidnitz-Königsfeld ein Güterzug eine Bombenladung zur Explosion, die vermutlich für einen späteren Personenzug bestimmt war. Es wurde nur geringer Sachschaden angerichtet.

Signalbombsen handelten, wie sie zu Kriegzeiten bei den Fliegeralarmen benutzt wurden. Die Explosion hatten in der Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen. Die Täter sind unermittelt entkommen.

Mietersheim, Amt Laß, 29. März. Die Ehefrau eines hiesigen Landwirts stürzte sich, vermutlich in einem Anfall geistiger Umnachtung, in eine Tauchgrube und ertrank.

Stodach, 29. März. (Drahtbericht.) In Hornberg ist am Ostermontag das Wohn- und Ozeonomegebäude des Landwirts Hippert vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt schätzungsweise 100 000 M.

Ottensheim, bei Agern, 28. März. Der Schuhmachermeister Karl Schneider in Oberaden stürzte in angefeuertem Zustand von seinem Rad und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Wiesloch, 30. März. In Altwiesloch wurden auf dem Fuhrwerk eines Diebheimer Landwirts nahezu 3 Zentner Getreide beschlagnahmt, die ohne Maßschein nach einer hiesigen Mühle verbracht werden sollten.

Mannheim, 30. März. Seit einer Woche ist der verheiratete Agent Hermann Weber aus Ludwigshafen nach Unterschlagung von 200 000 M. flüchtig gegangen. Auf die Ergreifung des Debitanten oder Wiederbringens der unterschlagenen Summe ist eine Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt.

Mannheim, 29. März. Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ mitteilt, wurden am Montag abend in Mannheim drei heftige Detonationen beobachtet, die von Feuerwerksbesetzern waren. Es wurde festgestellt, daß sie von Feuerwerkskörpern herrührten, die den jungen Burchen auf der Chorbethastraße angezündet wurden. Angeblich soll es sich um

Aus der Stadt

Karlsruhe, 31. März.

Geschichtskalender

31. März, 1727 † Der Astronom Isaac Newton in London. — 1917 Die russische prov. Regierung beschließt die Abschaffung der Todesstrafe. — 1920 Generalstreik in Dänemark gegen den Königsputsch.

Ruhiger Verlauf des gestrigen Tages

Die kommunistischen Karrezeien sind hier im Abflauen begriffen, man kann sogar von einer Beendigung sprechen, denn am gestrigen Tage herrschte in der Stadt völlige Ruhe. Die kommunistische Aufforderung zur Bildung von Aktionsausschüssen, sowie zur Bewaffnung und zum Streik hat auch nicht einen Arbeiter aus den Vertrieben herausgelodert vermocht, denn in allen Geschäften wurde nach wie vor gearbeitet.

Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei, der U.S.P. und des Gewerkschaftsverbandes hielten gestern vormittag eine Sitzung ab, um zu den Vorgängen Stellung zu nehmen. Es gelangte folgendes Flugblatt zur Verbreitung:

Arbeiter! Angestellte!

Unverantwortliche Personen sind an der Arbeit, Euch zum Streik aufzufordern. Laßt Euch nicht mißbrauchen! Bleibt bei der Arbeit!

Leider hat es gestern hier in Karlsruhe schon Menschenopfer gegeben. Die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien werden alles tun, um etwa unangenehme Vorgehen gegen die Arbeiterkraft zu verhindern. Arbeiter! Angestellte! Bleibt von jeder Demonstration und Ansammlung fern; folgt nur dem Ruf der unterzeichneten Organisationen, die Euch, wenn sie es für geeignet erachten, aufrufen werden.

Verkaufsstelle des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes — Ortsrat der U.S.P. — Sozialdem. Partei Deutschlands (S.P.D.), Unabhängige sozialdem. Partei (U.S.P.).

Reider hat der Zusammenstoß am Dienstagabend, wie wir ja schon berichteten, neben den sieben Verwundeten auch ein Menschenleben erfordert. Der Getötete ist der Maschinenarbeiter Rudolf Neumaier, ein überaus braver und fleißiger Mensch, der an dem ganzen Vorfall völlig unbeteiligt war. Dieser Fall zeigt so recht, wie immer gerade die Unschuldigen die Opfer des kommunistischen Irnwahns werden, während aber die Herren Führer und Radaumacher sich in Sicherheit bringen. Ihre Arbeit besteht lediglich in der Verhöhnung und Aufpeitschung ihrer Opfer, um dann nach dieser vollbrachten Tätigkeit die Aufgepeitschten ihrem Schicksal zu überlassen. Hoffentlich giehen endlich alle Beteiligten und Helfer aus den Vorgängen die nötige Lehre, so daß sich in Karlsruhe in Zukunft solche bedauerlichen Szenen wie am Dienstag nicht mehr wiederholen können.

Rudolf Neumaier †

(Ein Opfer des Kommunismusbüßes)

Bei den Schieberen, die vorgestern infolge der Lumulte entstanden sind, die die kommunistischen Treibeisen hervorgerufen haben, ist unser Gen. Rudolf Neumaier, Maschinenarbeiter, früher Obmann der Partei in der Altstadt, durch einen Schuß in den Hals getötet worden. Genosse Neumaier wollte von einer geschäftlichen Besorgung abends gegen 1/9 Uhr nach seiner in der Kaiserstraße 73 gelegenen Wohnung sich begeben. Er nahm einen Umweg durch die Kronenstraße, da ihm der nähere Weg angesichts der Unruhen nicht ratsam erschien. Eben hatte er, von der Kronenstraße kommend, die Kaiserstraße betreten, als ihn eine dahin verirrte Kugel in den Hals traf. Genosse Neumaier schleppte sich noch bis an das Haus, schloß sogar auf, brach aber dann zusammen. Der Tod trat ein. Im Genossen Neumaier verlor seine Familie einen treuherzigen Vater, die Partei einen braven und allezeit pflichtbewussten Mitkämpfer, dessen Andenken bei allen Genossen in Ehren gehalten werden wird. Die Familie des getöteten Genossen ist naturgemäß durch diesen so tieftraurigen Schicksalsschlag auf das allerhärteste getroffen worden.

Wie immer bei Putzchen und Aufläufen sind die Opfer in der Regel völlig unschuldige und unbeteiligte, manchmal auch Neugierige; das letztere traf jedoch auf den Genossen Neumaier in keiner Weise zu, wie der oben geschilderte Vorgang beweist. Was ist nun hier in Karlsruhe das Ergebnis des Treibens der Kommunisten? Ein braver Proletarier hat völlig unschuldig sein Leben verloren, ein paar Verdorbene liegen auf dem Krankenbett. Dem Staat und der Gemeinde erwachsen durch die Tollheiten unverantwortlicher Drahtzieher Unkosten, die natürlich wieder aus allgemeinen Mitteln aufgebracht werden müssen. Ein paar Familien und Menschen sind ins Unglück gestürzt und zu schwerem Schaden gekommen. Hoffentlich leben auch endlich diejenigen, die bisher mit solchen Aktionen noch sympathisiert haben mögen, ein, wie unnützig und gemein schädlich derartige, vom Haun gebrochene Unternehmen sind. Die Verdrängung unseres erschöpfenden Genossen Neumaier findet am Freitag nachmittag um 3 Uhr auf dem städtischen Friedhofe statt.

Die erhöhten Postgebühren

Der Reichstag hat die neue Postgebührenordnung nach den Beschlüssen des 27. Ausschusses angenommen. Danach beträgt vom 1. April an die Gebühr für Postkarten im Ortsverkehr 30, im Fernverkehr 40 Pf., für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 40 und über 20—250 Gramm 60 Pf., im Fernverkehr bis 20 Gramm 60, über 20 bis 100 Gramm 80, über 100 bis 250 Gramm 120 M. Die Gebühr für die Drucksachenkarte beträgt 10 Pf. Im übrigen sind für Drucksachen zu zahlen bis 50 Gramm 15, über 50 bis 100 Gramm 30, über 100 bis 250 Gramm 60, über 250 bis 500 Gramm 80 über 500 bis 1 Kilogramm 100 Pf. Für Geschäftspapiere sind zu zahlen bis 250 Gramm 60, über 250 bis 500 Gramm 80, über 500 bis 1 Kilogramm 100 Pf. Die Warenprobe ist zu frankieren bis 250 Gramm mit 60, über 250—500 Gramm mit 80 Pf. Das Packchen bis zum Gewicht von 1 Kilogramm ist hinlänglich mit 150 M. freizumachen. Ortsverkehr ist der Verkehr innerhalb des Orts- und Landesbestellbezirks des Aufgabepostortes. Die Grenze des Aufgabepostortes deckt sich mit der Gemeindegrenze. Die Sendungen sind vollständig freizumachen. Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe ist das Doppelte des Festbetrages zu zahlen. Nicht freigemachte Drucksachenkarten,

Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben und Milchsendungen werden nicht befördert. Nicht- oder unzureichend freigemachte Packchen werden nicht befördert.

Die Paketgebühr beträgt in der Nahzone bis fünf Kilogramm einschließlich 3 M., bis 10 Kilogramm einschließlich 6 M., bis 15 Kilogramm einschließlich 12 M., bis 20 Kilogramm einschließlich 18 M.; in der Fernzone sind die Gebühren für die entsprechenden Gewichtsgrenzen 4, 8, 16 und 24 M. Die Fernzone beginnt bei einer Entfernung von mehr als 75 Kilometer vom Versandort. Zeitungs- und Pakete bis 5 Kilogramm unterliegen in der Nahzone einer Gebühr von 1.50 M.; für dringende Pakete wird die dreifache Gebühr für überiges Gut ein Zuschlag von 100 Prozent der Gebühr erhoben. Nicht oder unzureichend freigemachte Pakete werden nicht befördert. Die Paketanweisungsgebühr beträgt bis 50 M. 50 Pf., bis 250 M. 1 M., bis 500 M. 1.50 M., bis 1000 M. 2 M.

Die Wunder der Tiefsee

Der letzte Laube-Vortrag findet morgen Freitag, 1. April, abends 8 Uhr, im großen Rathssaal statt. Jobermann hat Zutritt. Eintrittspreis 1,15 Mark.

Berein Arbeiter-Jugend. Heute abend ab 8 Uhr findet im „Büchereihaus“, Ecke Uhlstadt und Goethestraße (Weststadt) eine gemütliche Unterhaltung statt. Eine Anzahl Mitglieder werden Vorträge musikalischer und belamotischer, ernter und heiterer Art bringen der Abend verpricht also viele Unterhaltung; er ist den neuen Mitgliedern, die nach der Schulentlassung hier der Arbeiter-Jugend angeschlossen haben, gewidmet. Außerdem werden die Karten zum Bildbühnenkonzert des Gen. Raube am Freitag abend zum Preise von 1,15 M. ausgegeben.

Darlanden. Der Ländliche Kreditverein Darlanden gab seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1920 heraus. Wir würden demselben keine besondere Aufmerksamkeit schenken, aber einige Zahlen, die in dem Bericht enthalten sind, verdienen eine kritische Beleuchtung. Der Verein hatte an Einnahmen 8738 918 M., darunter befinden sich 622 288 M. Spareinlagen, durch Kontokorrent-Inhaber wurden 1 626 307 M. einbezahlt und 1 756 008 M. zurückbezahlt, während an Spareinlagen nur 885 288 zurückbezahlt wurden. Die Gesamtsparlagen betragen 1 050 276 M. Es ist dies ein Umstand, der sich immerhin sehen lassen kann. Man wird nun erkaunt fragen, wer eigentlich die Sparer sind. Die Arbeitlosen oder die mit halbschwer Arbeitenden können es wohl nicht sein, auch nicht die Selbstbesitzenden. Also müssen die Sparer auf einer anderen Seite zu suchen sein, und zwar in der Hauptklasse bei den Landwirten. Aber, wenn man die Veranlagung zur Einkommen- und Umsatzsteuer ansieht, können es diese auch nicht sein, denn nach den kürzlich gemachten Angaben bei der Umsatzsteuer liegen die Landwirte an jeder Stelle (H) auch bei der Einkommensteuer flüchtigen Landwirte, die noch nicht einmal 50 M. (1) Einkommensteuer bezahlen. Wir nehmen an, daß es nicht nur in Darlanden so aussieht, sondern in anderen Gemeinden kein Bester ist. Es wäre Sache des Landesfinanzamts, dieses Rätsel zu lösen, denn die großen Spareinlagen können niemals von niederen Einkommen herühren.

Darlanden. Wir demessen nochmals auf den am nächsten Samstag in der Festhalle stattfindenden Lichtbildervortrag des Genossen Laube. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 1 M., Kinder von 10—14 Jahren können in Begleitung der Eltern eingeführt werden und zahlen 50 S. Die Parteigenossen werden gebeten, für den Vortrag pünktig zu agieren.

Eine Versicherung bei der Volkfürsorge bedeutet gleichzeitig eine Versicherung gegen Tod durch Unfall! Schon nach Zahlung einer Prämie wird die volle Versicherungssumme ausgezahlt, wenn der Tod des Versicherten auf einen Unfall zurückzuführen ist. Die Volkfürsorge schützt also die Familien auch in dem Falle, daß ihr Erhalter plötzlich durch Unfall aus dem Leben scheidet.

Ein buntes Abend veranstaltet der Gem. Chor bei Treibebener Elsas-Lohringer am Sonntag, 3. April, nachm. 5 Uhr, im „Apollo“, Maxienstraße 18.

Der Instrumentalverein, der am nächsten Mittwoch den 6. April sein 3. Konzert dieser Spielzeit gibt, bringt wiederum ein wertvolles Programm, das aus weiteren Kreisen und Musikfreunden interessieren dürfte, zumal darunter 4 Werke aller Richtungen zum ersten Male hier zur Aufführung gelangen. In erster Linie sei auch eine bis jetzt unbekannt, vor einigen Jahren in der Fürstbergischen Hofbibliothek in Donaueschingen aufgefundenen Sinfonie in D-dur von Josef Haydn aufmerksam gemacht. Ferner kommt die hier ebenfalls noch nicht gehönte Kantate für Sopran und Orchester von Joh. Seb. Bach „Von der Bekehrungsmusik“, sowie eine Konzertarie mit Orchester (Mausfresser) von Joh. Christian Bach erstmals zur Aufführung. Als moderne Nummer belobt das Programm eine Orchesterkomposition des musikalischen Leiters des Vereins, Theodor Rung, „Momentane“. Den würdigen Schluß bildet die Symphonie über die von Beethoven. — Da für den vollen Teil in Frau Großkopf-Schumacher eine Nachinterpretin von Ruf gewonnen ist, darf man einem genutzreichen Abend entgegensehen.

Landesheute. Wegen Verlaubung von Frau Lange-Walc infolge Trainersfalls in ihrer Familie fällt die Vorstellung „Francis Wilson“ im Landesheute am Freitag, den 1. April, aus. Die für Samstag, 2. April, im Konzerthaus angeordnete Aufführung der Operette „Ihre Hebelei, die Tänzerin“ mußte deshalb auf Sonntag, 9. April, verschoben werden.

Valuta-Bericht vom 31. März

Markkurs in der Schweiz ca. 9.17% St. Auszahlung Holland notierte 21.60 M. per holl. Guld.; Schweiz notierte 10.80 M. per schw. Fr.; England notierte 245 M. per Pfd. Sterl.; Frankreich notierte 4.89 M. per frz. Fr.; Neuport notierte 62.25 M. per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Magau 265, gest. 5; Mannheim 141, gest. 7 Zentimeter.

Vereinsanzeiger

Die zu 4 Stellen mit 1.00 bis 2.00 M. woch. 7.00 bis 10.00 M. (Verandlungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme) Karlsruhe. (Arbeiter-Nachfahrer-Bund „Solidarität“) Freitag, den 1. April, 1/8 Uhr, in der „Ecke“, Uhlstadtstraße 60, Sitzung der Kommission. Samstag, den 2. April, Monatsversammlung. Wichtige Tagesordnung. 8405 Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend Aufschußsitzung Winterstraße 49 IV. — Freitag, 1. April, Monatsversammlung Schrempf-Saal III. 8469 Reierheim. (Arbeiterges. Verein Freiheit.) Unsere Singstunde findet umhänge halber nicht heute abend, sondern Freitag abend 1/8 Uhr statt. Wir eruchen die Sänger um pünktliches und zahlreiches Erscheinen. 8466

Karlsruher Bürgerauschüßung

Karlsruhe, 31. März 1921.

Gestern nachmittag fand wiederum eine Bürgerauschüßung statt, bei der 6 Punkte zur Beratung standen. Anwesend waren 72 Mitglieder.

Die erste Vorlage betraf die Erhöhung des städtischen Straßenbahn tariffs, über die wir ja schon eingehend berichtet haben. Es sollen in Zukunft die Fahrpreise betragen bis 5 Teilstrecken 80 Pf., über 5 Teilstrecken 1.20 M. usw. Die Notwendigkeit der Erhöhung führte Oberbürgermeister Dr. Winter darauf zurück, daß das Defizit nicht aus allgemeinen Mitteln gedeckt werden könne, denn die Hoffnung, daß die Gemeinden vom Reich einen großen Anteil aus den Steuern erhalten werden, erweise sich als trügerisch. Der in dieser Hinsicht jetzt vorliegende Entwurf sei nichts anderes als Aufopferung der Gemeinde zugunsten des Staates. Es sei deshalb notwendig, daß die Betriebe, welche bisher auf eigenen Füßen gestanden, sich auch fernerhin selbst erhalten müssen. Zur Herabsetzung des bisherigen Tarifsystems liege kein Anlaß vor. — Stadtd. Obmann D. Frey, sowie Stadtd. Förster (Str.) stimmten der Erhöhung zu und brachten verschiedene Straßenbahnwünsche vor. — Stadtd. Gen. Beck äußerte Bedenken gegen die Erhöhung, da eine starke Abwanderung eintreten könnte und somit der erhoffte gewünschte finanzielle Erfolg ausbleibe. Er verwies dabei auf die vielen zerlaufenden Straßenbahnwagen, die jetzt schon angutreffen sind. Stadtd. Feinsheimer (Dem.) kritisierte die unklare Bezeichnung des Hauptzweckes der Straßenbahnwagen. Es sprachen noch weiter zur Vorlage die Stadtd. Hermann (Dem.), Nieß (U.S.P.), der eine neue Streckeneinteilung vorschlug, sowie die Stadtd. Biegler (D.M.), Gen. Böhlinger, Heini (Dem.), Dietrich (D.M.). Letzterer hielt die Erhöhung nicht für stark genug und schlug eine solche des Tarifarfs auf 1 M. vor. Gen. Böpper kritisierte sodann die Linienführung nach der Oststadt, die unwirtschaftlich sei. Nachdem noch Stadtd. Krus, der wieder bei der U.S.P. sich eingefunden, gesprochen hatte, wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Der Verkauf von Gelände an der Hans-Sachsstraße fand debattelos Annahme.

Die Vorlage Beschaffung einer automobilen Spritze und eines Mannschafts- und Gerätewagens für die Feuerwehr wurde vom Bürgermeister Schneider eingehend begründet. Es handelt sich um Bewilligung der Kreditüberziehung von 168 778.00 M., die infolge der Leuerung eingetretten ist. Stadtd. Obmann D. Frey kritisierte, daß der Staat nur 35 Prozent Zuschuß leistet, was angesichts der Finanznot der Städte sehr zu bedauern sei. — Stadtd. Gen. Köpper wünscht, daß die Städte nicht nur die Gebäudeversicherung, sondern auch die Mobiliarversicherung in die Hand nehmen sollen. Redner brachte sodann noch verschiedene Wünsche der Feuerwehrmänner der Feuerwehr vor. Die Vorlage fand sodann einstimmige Annahme.

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde die Vorlage zur Verriichtung des Turnplatzes des Karlsruher Turnvereins ein Darlehen von 12 000 M. zu genehmigen.

Heranziehung des reichsteuerfreien Einkommensteuers zur Gemeindefeuer im Rechnungsjahr 1921/22. Bürgermeister Dr. Kleinschmidt empfiehlt die Vorlage trotz der Änderung des Einkommensteuergesetzes, wonach die Besteuerung der Mindesteinkommen in Wegfall kommt, aber den Gemeinden Ersatz für diesen Wegfall in Aussicht stellt. Es handle sich darum, eine Sicherung für die Gemeinden zu schaffen. Nach kurzer Debatte, in der bedauert wurde, daß das Reich so wenig Verständnis für die Finanzbedürfnisse der Städte habe, wurde die Vorlage einstimmig genehmigt.

Nachherhebung der Gemeindefeuer aus Liegenschafts- und Betriebsvermögen für das Rechnungsjahr 1920/21. Bürgermeister Dr. Kleinschmidt begründete die Notwendigkeit der Vorlage, indem die höheren Aufwendungen für Löhne, Gehälter usw. schwer auf die Finanzen der Stadt wirken und andererseits vom Reich keine Deckung zu erwarten sei. Nicht die Hauseigentümer hätten die Steuer zu tragen, sondern die Mieter, da ja nach dem Karlsruher Mietvertrag die Umlagen auf die Mieter abgewälzt werden können. Die Abstimmung ergab die Annahme gegen einige Stimmen. Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 31. März 1921

Das nördliche Tieflandgebiet wird für Mitteleuropa einige Ausläufer bringen und in Deutschland frühweise Regenfälle verursachen. Da der Luftdruck aus Mitteleuropa vorübergehende Stärkung erfahren hat, ist in unserem Gebiete Aufbesserung zu erwarten, doch werden neue atmosphärische Störungen nachfolgen. — Voraussichtliche Witterung bis Freitag nacht: Wechselnde Bewölkung, vereinzelt Regenfälle, kühl, Westwinde.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: Karl Kell, Politische Leiterin und Lehte Nachrichten Hermann Kober; für Badische Politik, aus dem Lande, Gemeindepolitik, aus der Partei, Gerichtszeitung und Heftleton Hermann Winter; für aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Gewerkschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Angeleitete Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Eugen Müller von hier, Kaufmann hier, mit Frieda Reinger Wwe. von hier. Dr. Carl Kühmann von Wendhöhe, Assistent am Rethner Museum in Hannover, mit Hedwig Kufel von hier. Otto Mittendörfer von Berg, Hof-Heizer von hier, mit Eugenie Pierron von Böh, fr. Saarburg. Geburten. Wilh. Artur, Vater Wilh. Reib, Glaser. Helmut Karl Wilh., Vater Karl Heinrich, Blechmer und Installateur. Frz. Josef Albert, Vater Karl Raif, Oberverm.-Sekr. Gg. Wurthart Ernst, Vater Gg. Engelhardt, Buchdruckereibesitzer. Kurt Wilh., Vater Karl Jacob, Marmorpolier. Hans Wilhelm, Vater Wilh. Doh, Musiker. Helmut Walter, Vater Aug. Schäfer, Eisen.-Sekt. Rudolf Otto, Vater Stefan Ball, Postkassierer. Esther Lydia, Vater Wilh. Jäger, Photograph. Hildegard Sofie, Vater Karl Durs, Dekorateur. Maria Hilba, Vater Johannes End, Bahnarbeiter. Otto Emil, Vater Gottfried Samwald, Tisch.-Formner. Karl Heinz, Vater Frdr. Piefer, Gärtner. Jul. Vater Johann Däferner, Bahnarbeiter. Gertrud Minna, Vater Otto Geiger, Eisen.-Sekt. Lore Elfriede, Vater Karl Flaume, Ingenieur. Philipp Jakob Johannes, Vater Wilh. Gumbel, Metzger. Otto Anton, Vater Otto Lott, Schuhm.-Meister. Anna Luise, Vater Karl Simon, Ministerialobersek. Max Johann, Vater Otto Glapf, Oberbauführ. August Angela Johanna, Vater Waldemar Kienzler, Gaupfleger.

Todesfälle. Irene, alt 23 Tage, B. Otto Deiningcr, Kaufm. Gerda, alt 16 Tage, B. Franz Knapp, Geraltf. Karl, alt 14 Jahre, B. Jos. Schwab, Schmied. Karl Breitingcr, Chem. Fridalm, alt 66 Jahre, Johanna, alt 11 Monate 20 Tage, B. Friedrich Engel, Glaser. Robert Schindwein, Chem., Wädrer, alt 56 Jahre. Friedrich Bauer, Chem., Volkshaus, alt 50 Jahre. Abraham Eiserberg, Kaufm., alt 81 Jahre. Frieda, alt 6 Monate 20 Tage, Vater Wilh. Schuler, Fuhrmann. Kurt, alt 2 Jahre, Vater Jos. Dietrich, Schneider. Peter Verina, Schreinermeister, alt 88 Jahre. Maria, alt 16 Tage, Vater Otto Lehmann, Tisch.-Schlosser. Juliana Reiff, alt 74 Jahre, Wwe. von Gg. Reiff, Landwirt. Otto, alt 4 Monate 12 Tage, Vater Johann Gaupert, Schneider. Frz. Reitermann, Gausmeister, alt 54 Jahre.

Versuchen Sie
Esbu
Feinster **Erhbutter** Ersatz
Margarine
Wieder in Friedensqualität
zu haben in den besseren Geschäften
Generalvertretung u. Fabriklager
Mondorf & Mellert, Karlsruhe
Tel. 4993 Luisenstr. 24. Tel. 4993.

Gemüselampen Abschl. 20 Proz.
Ludwig Allinger
Karl-Wilhelmstr. 53
Abschlag 10 Prozent, Fernsprecher 914.

Preis-Abschlag!
Durch meine maschinelle Einrichtung und günstige Ledereinkäufe bin ich in der Lage, von heute ab bis auf weiteres
Herren-Sohlen u. Fleck zu 45^h
Damen-Sohlen u. Fleck zu 35^h
dto. Gummi von 18^h an
Kinder-Sohlen u. Fleck je nach Größe.
Trotz vorstehendem billigen Angebote kommt nur **prima Leder** zur Verarbeitung. 3462

J. Schneider
Reparaturbetrieb
Zähringerstr. 49 Zähringerstr. 49.

Gelegenheitskauf
wegen Geschäftsaufgabe.
Billiges Schlafzimmer, Küchen-Einrichtungen, Küchenschränke, polierte Bettstellen, polierte Schränke, Tische, Divans, Plüschgarderobe billig abgegeben.
Ganzmann, Möbel-Geschäft
Eosienstraße 152. 3437

Ein Waggon See-Fische
eingetroffen und empfehle
bei ganzen Fischen ohne Kopf
per Pfund **1.50**
im Ausschnitt pr. Pfund **2 Mk.**
Schellfische pr. Pfd. von **1.60** Mk. an.
Goldbarsch, Schollen, Steinbutt billigst.
Bitte Badmaterial mitbringen. 3472
Carl Pfefferle
Erbspringenstraße 29. Telefon 1415.

Neue Füße
werden an gewobte angewebt
Strumpflänge, so tadellos
werden können. — Maschinenstrickerei
L. Engelhard, Gartenstr. 11, Hth. III.

Kaufst. Kaufst.
Verkauf von
Alt- u. Neu-Möbel
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3, Dreherstr. 3
Franz Zenf
Kreuzstr. 20 - Tel. 1106
Buchdruckerei
Buchbinderei
Refert auch alle einschlägigen Arbeiten.
Listentafeln 1.1 Stunde

Arbeits-Anzeige
Arbeitsjohann, Hebergießer, berich. Dam.-Bekleidungsstücke, getr. D.-Zug- und Schürhülsen, 42-46, 20, 30 u. 50 ZM., Stüber-Stiefel zu billig. Pr. Effenweinstr. 32 II., bei Ugelrab. 3490

In 1 Std. u. Garantie
verrichtet. Sie Flüße, Kopl., Kleider, Filz

Läuse
i. Brat (Rissen) b. Mensch u. Tier mit „Kampolda“ nei. ge. sch. Wunden unj. schäd. Ver. J. Freier G. Hollstein Herrenstraße 6. 3390

Für Puddings, Flammeris, Suppen, Funken, Torten u.s.w. verwende man stets
Dr. Oetker's Gustin
Bestes, deutsches Fabrikat!
Volles deutsches Pfundgewicht!

Die Verleihung von Kochapparaten und Beleuchtungsgegenständen durch das Stadt. Gaswerk wird vom 1. April l. J. an eingestellt.
Die anteiligen Mietbeiträge sind daher letztmals für die Monate Februar und März l. J. zu entrichten.
Auf Grund des § 20 der Gasbezugsordnung kündigen wir hiermit sämtlichen Gasabnehmern die Miete solcher Gegenstände auf den 1. April 1921.
Alle Mietgegenstände, die vor dem 1. Januar 1919 in Benutzung der Gasabnehmer waren, gehen auf 1. April l. J. ohne weiteres in das Eigentum der Mieter über.
Gasabnehmer, die nach dem 1. Januar 1919 Kochapparate oder Beleuchtungsgegenstände mieten, haben einen Teil der Anschaffungskosten dieser Gegenstände zu ersetzen; sie erhalten hierüber vom Gaswerk besondere Mitteilung.
Karlsruhe, den 29. März 1921.
Stadt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsw. 755

In den Mehrgereien sind gute bayerische Wurstsaftkuchen zu haben zum Preise von:
8.- M für die kleine Büchse (2 Pfund),
16.- M für die große Büchse (4 Pfund).
Cornedbeef ist nur noch in großen Büchsen vorrätig und zwar zum Preise von 44.- M (8 engl. Pfund).
Im Ausschnitt 8.- M das deutsche Pfund.
Karlsruhe, den 31. März 1921. 765
Stadt. Schlacht- und Viehhof-Amt.

Gem. Chor vertrieb. Eis.-Lothr.
Karlsruhe. 3457
Sonntag den 3. April 1921, nachm. 5 Uhr im Apollo, Marlenstr. 16
Bunter Abend
(Tanzkränzchen).
Eintritt Mk. 2.- einschl. Steuer.

Badisches Landestheater.
Donnerstag, den 31. März 7-9 Uhr. 12.-
Madame Legros.

Daniel's Konfektionshaus
Wilhelmstraße 34, 1 Treppe - Telefon 1846
Frühjahrs-Mäntel, Röcke für starke Frauen.
Keine Ladenspesen 3350 Billigste Preise

Komplette Speise-Zimmer
Komplette Herren-Zimmer
Komplette Schlaf-Zimmer
Küchen-Einrichtungen Einzelmöbel
Reelle Bedienung

Möbel-Ausstattungs-Haus
Gust. Friedrichs
Karlsruhe i. B., Karl-Friedrichstrasse 24
Filiale Kohl u. Rh.

Obst- u. Gemüse-Schlinge
jeden Tag von 8-12 Uhr vormittags 766
Städt. Gartenamt
Eingang Gärtnerlei
Am Stadtpark 1a.
Fleisch-Verkauf
findet Samstag, 2. April, vormittags 8 Uhr statt
Munitzstraße 20.
Prima Rostschinken
in bester Qualität
Pfand Mk. 9.50. 3400
Wilhelm Neid
f. Metzerei.

Kassiererin
ge sucht, 16-18 J.
Central-Kino.
Buchbinder
oder
Papier-Schneider,
der in Papierwaren-fabrik u. Binderei schon tätig war, in der Herstellung von Titeln und Belegen bewandert ist, für sofort gesucht. Adresse zu erfragen unter Nr. 3408 im Volksfreundbüro.

Die Bad. Landwirtschaftskammer
verkauft am Samstag, den 2. April 1921, vormittags 10 Uhr, im Städtischen Viehhof in Karlsruhe eine große Anzahl sehr schöner
prima
3463
Ferkel u. Läufer Schweine.

Mädchen gesucht,
die in Binderei und Papierwarenfabrikation tätig waren. Für Wohnung wird gesorgt.
Adresse zu erfahren unter Nr. 3407 im Volksfreundbüro.

Apfelwein-Abschlag
Ab heute bis 15. April 1921 verkaufe ich:
Obstwein im Faß statt Mk. 3.60 per Liter zu Mk. **3.00**
Apfelwein, glanzhell im Faß, statt Mk. **3.00** per Liter zu Mk. **3.30**
Apfelwein, glanzhell, in Fl. statt Mk. 4.80 per 1/2 Ltr. zu Mk. **4.00** (incl. Steuer)
Apfelwein in Flaschen ist in fast allen einschl. Geschäften im Detail zu bekommen, wo nicht erhältlich, liefert solche von 10 Fl. an franko Haus.
Für volle Zufriedenheit übernehme jede Garantie.
B. FINKELSTEIN
Apfelweingrosskollerei
Telefon 510 u. 2875.

Diwans
neue von 650 Mk. an
H. Köhler, Schützenstr. 25.

Kragen
-Wäscherei Schorpp
liefert schnellstens
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Bernhardstraße 8
Kaiserstr. 34 u. 243
Gervigstraße 46
Waldstraße 64
Wilhelmstraße 32
Augustastraße 13
Schillerstraße 18
Kaiserallee 37
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstraße 18.
Durlach:
Hauptstr. 15.

Todes-Anzeige.
Schmerzerfüllt machen wir Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber, treuebsorgter Gatte, Vater, Sohn, Bruder und Schwager
Rudolf Neumaier
Maschinenarbeiter
im Alter von 51 Jahren durch einen Unglücksfall jäh von uns gerissen wurde.
Karlsruhe, den 30. März 1921.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Josephine Neumaier, geb. Haller und Kinder.
Jakob Neumaier, Vater.
Familie **Job. Neumaier.**
Familie **Bonifaz Neumaier.**
Familie **Jos. Neumaier.**
Familie **J. Brecht.**
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.
Trauerhaus: Kaiserstr. 73 H. III.

Sozialdemokrat. Verein Karlsruhe.
Todes-Anzeige.
Wir setzen unsere Mitglieder von dem unerwarteten Hinscheiden des Genossen
Rudolf Neumaier
infolge Unglücksfall, hierdurch gestemmt in Kenntnis. 3470
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. April, nachmittags 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt, und eruchen wir unsere Mitglieder um recht zahlreiche Beteiligung.
Der Vorstand.

Gesangverein Lassalla Karlsruhe.
Todes-Anzeige.
Wir setzen hiernit unsere Mitglieder von dem Hinscheiden unseres Sanvesfreundes
Rudolf Neumaier
gestemmt in Kenntnis. 3471
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. April, nachmittags 3 Uhr statt und werden die Sänger ersucht, sich eine Viertelstunde vorher an der Friedhofkapelle einzufinden.
Der Vorstand.

Trauerhüte
in jeder Preislage stets vorrätig.
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Durlacher Anzeigen.
Kohlen-Ausgabe.
Die bei Endw. Krumb. Baumstr. eingetragenen Kunden von Nr. 501 bis 788 und von Nr. 1 bis 250 können am Freitag den 1. April von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends: 2 Zentner Braunkohlen-Briketts zum Preise von 29,70 M je Zentner und 2 Zentner Mitteldeutsche Braunkohlen-Briketts zum Preise von 16,90 M je Zentner ab altes Lager Pfingststraße erhalten. Zufuhr vord. Haus 0,90 M, frei Keller 1,40 M je Zentner mehr.
Durlach, den 31. März 1921. 761
Ortsobstlenstelle.

Kohlen-Ausgabe.
Die bei Chr. Göyer eingetragenen Kunden von Nr. 301 bis 653 können am Freitag, den 1. April, von mittags 1 Uhr bis abends 6 Uhr 1 Zentner Braunkohlen-Briketts „Union“ zum Preise von 16.- M., sowie 2 Zentner Consolidations-Briketts II zum Preise von 16,00 M je Zentner ab Lager Weingartenstraße 3 erhalten. Zufuhr vord. Haus 0,90 M, frei Keller 1,40 M je Zentner mehr.
Durlach, den 31. März 1921.
Ortsobstlenstelle.

Offenburger Anzeigen.
Fortbildungsschule Offenburg
Das Schuljahr 1921/22 beginnt am
Dienstag, den 5. April 1921.
Die zum Besuch des Fortbildungsunterrichts verpflichteten Knaben und Mädchen haben sich, sofern sie nicht vom Besuch derselben gesetzlich befreit oder durch Entlassung einer Schulbehörde davon entbunden sind, am
Dienstag, den 5. April 1921
und zwar die Knaben vormittags um 8 Uhr im Knaben-Gymnasium, die Mädchen auch um 8 Uhr im Mädchen-Gymnasium einzufinden.
Offenburg, den 30. März 1921.
2as Schulkollegiat.